

Bezugspreis:

Blattjähr 6.— M., monatl. 1.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 1.— M., ggf. Rück- zahlungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Lugsburg, Schweden u. die Schweiz, Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk u. Welt“ erscheint wochent- täglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatzeile kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends 1.00 M. (jeweils 1 fettdruckte Zeile), jedes weitere Wort 40 Hg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen des Freitagabends 1.00 M., jedes weitere Wort 30 Hg. Wochentags über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Verträge-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, abgegeben werden. Beilagen von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 25. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Für die Kriegsgefangenen.

Die deutsche an die französische Kammerfraktion.

An die französische Kammerfraktion richtete die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung folgendes Telegramm:

„Im Namen der Menschlichkeit bitten wir die sozialdemokratische Kammerfraktion, alle Kraft für die schnellste Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Die Fraktion erwirbt sich den Dank von Hunderttausenden unglücklichen Frauen und Kindern, deren seelische Not bei der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus englischer und amerikanischer Hand ins Ungemessene steigt, wenn die französische Regierung die in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen noch länger zurückbehält.“

Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands Wels. Löbe.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Die Vertreter der Landes-, Provinzial- und selbständigen Bezirksgruppen des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sowie der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Bundes der deutschen Frauen zur Befreiung der Gefangenen haben am 20. und 21. September in Weimar eine Tagung abgehalten. Die Versammlung wählte eine aus 10 Mitgliedern bestehende Abordnung, um bei der Regierung in Berlin die Wünsche der Angehörigen unserer Kriegsgefangenen vorzutragen. Die telegraphisch erbetene Unterredung wurde durch den Reichswehrminister Koosel

und den Reichskommissar Stücklen mit den Vertretern am 23. ds. geführt, während der Reichsminister Müller beobachtungsweise nicht zugegen sein konnte, sondern vertreten wurde.

Der wilde Seemannsstreik.

(Bericht unseres Hamburger Korrespondenten.)

Der Bremer Transportarbeiterverband gibt im „Hamburger Echo“ eine Darstellung, aus der ganz klar und eindeutig hervorgeht, daß es sich bei dem Seemannsstreik um einen wilden Streik handelt, der wie so viele andere in unverantwortlicher Weise von kommunistischen Drahtziehern verursacht worden ist. Eine Anzahl von Seemannsbündlern verlangte am 12. September in Bremen die Entlassung eines Mitgliedes des Transportarbeiterverbandes aus einem wichtigen Grunde und verließ das Schiff, als sie ihr Verlangen nicht durchsetzen konnte. Größere Gruppen von Seemannsbündlern legten dann unter Anwendung von Gewalt dar, daß die Arbeit auf einer größeren Anzahl von Schiffen eingestellt werden mußte. Die Versammlungen standen unter dem Terror der Kommunisten und Unionisten, und es war den besonnenen gewerkschaftlich organisierten Seeleuten nicht möglich, die Aktion aufzuhalten. Die Hamburger Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes erläßt die Erklärung, daß der Verband in keiner Weise an dem Streik beteiligt sei und fordert die Mitglieder auf, bei der Arbeit zu bleiben. Es steht zu hoffen, daß die Bewegung binnen kurzem an dem Widerstand der vernünftigen Elemente scheitern wird.

Kätediktatur und Reaktionshöhle

Ein Budapest Journalist, der an der Käte- regierung als Parteigänger der Kommunisten mitgewirkt hatte, macht uns folgende Mitteilungen:

Zur Zeit des Regimes Karolyi sah Paul Keri, ein enger Freund des leicht zu beeinflussenden Ministerpräsidenten, in der Schweiz und sandte von dort aus fortwährend Mel- dungen über die heranrückende Weltrevolution. Dies im Ver- ein mit dem zunehmenden Druck der Entente legte Karolyi eine Neuorientierung nach Sowjet-Russland hin nahe. Die sozialdemokratische Partei mußte nichts von diesem Plan. Schon im Februar hätte sie die Macht über- nehmen können und sollen wegen der fortwährenden Re- gierungskrisen und der wachsenden gegenrevolutionären Agitation. Die Sozialdemokraten wollten aber die Regierung nicht übernehmen, weil sie fürchteten, daß ihr Regime unter den ohnvermeidlichen Umständen das Volk enttäuschen und die Bewegung schädigen würde.

Da kam das Entente-Ultimatum des Obersten Vig mit der Forderung der Abtretung weiterer rein ungarischer Gebiete, was die Ernährung Budapests unmöglich gemacht haben würde. Einige Wochen zuvor waren die bolschewistische n Führer verhaftet worden, wodurch ihr Anhang in der Arbeiterklasse, die unter fürchterlicher Arbeitslosigkeit und elenden Ernährungsverhältnissen litt, weiter gestiegen war. Die Arbeitslosenunterstützung von 15 Kronen täglich reichte längst nicht aus, da man für dieses Geld in Budapest nicht einmal ein Mittagessen kaufen konnte. Die Kommunisten benutzten zur Agitation die Forderung nach einer einmaligen Zahlung von 500 Kronen — das ist ein Jahr Arbeitslosenunterstützung für die entlassenen Soldaten und Invaliden. Die Gewährung dieser Summe hätte dem Staat unge- fähr 40 Milliarden gekostet, was aber die Kommunisten nicht beirte. Von Demonstrationen für diese Forderung wurde sogar der Minister Beid in der Burg mißhandelt. Die Kapitalisten aber bekämpften bis zuletzt die zur Samierung der Staats- finanzien unbedingt notwendige Vermögensabgabe.

Das Entente-Ultimatum brachte ein Wiederaufkommen des Chauvinismus. Die sozialdemokratische Partei stand vor der Frage, entweder eine Diktatur, auch gegen einen Teil der Arbeiterklasse, aufzurichten oder sich mit den Kommunisten zu vereinigen. Die Metallarbeiter drohten, aus der Partei auszutreten, wenn nicht die Diktatur proklamiert würde. So kam es zu der Vereinigung mit den Kommunisten.

Die Entente stellte kein weiteres Ultimatum. Erst nach drei Wochen kam General Smuts nach Budapest und ver- handelte mit Kun. In der ersten Zeit war die Situation günstig, weil sowohl der Nationalismus als auch das prole- tariatische Interesse verlangten, daß nicht ungarische Gebiete in die Gewalt des fremden Imperialismus fielen.

Vela Kun, der jetzt etwa 40 Jahre alt ist, war zuerst bürgerlicher Journalist, ist aber immer Sozialist gewesen. Er war sozialdemokratischer Parteisekretär und Krankenkas- sendirektor in Klausenburg, geriet während des Krieges in russische Gefangenschaft und stellte nach dem Siege des Bolschewismus die erste ungarische Rote Garde auf, die gegen die konterrevolutionären Lichnowskis kämpfte. Mit Kun waren die späteren Volkskommissare Tibor Samuely, Bela Szanto und Karl Bantus in Gefangenschaft. Kun leitete später in Moskau eine ungarische Agitationsschule, gründete dort die ungarische Kommunistenpartei und wurde nach dem Waffenstillstand von Venin nach Ungarn geschickt. Er brachte einige Millionen mit. Unter dem Titel des Roten Kreuzes bestanden in Budapest und Wien russisch-bolschewistische Ueber- wachungskommissionen, die später verhaftet und auf Ver- langen der Entente an diese ausgeliefert wurden. Die Mit- glieder sind jetzt in der Gegend von Saloniki interniert.

Unter der Käte- regierung setzte alsbald eine all- gemeine Enttäuschung ein und wenn nicht der gegenrevolutionäre Angriff der Donaukriegsschiffe auf Buda- pest gekommen wäre, so wäre ganz von selbst und ohne Krisen wiederum ein gemäßigteres sozialdemokratisches Regime ans Ruder gekommen. Die Diktatur hatte eine fürchterliche Situation übernommen. Während das Volk von der Diktatur Wunder erwartete, konnte trotz aller Arbeit nichts geleistet werden. Der Industrie fehlte es an Roh- stoffen und Kohle, aber die Löhne mußten weiter gezahlt wer- den. Stärkeren Betrieb hatte eigentlich nur noch die große Patronenfabrik in Gyepel. Der Schleichhandel war viel umfangreicher noch als vorher, denn der bestehende Handel war durch Schließung der Geschäfte „sozialisiert“, ohne daß neue Organe für die Warenverteilung geschaffen worden wären.

Eine neue Kapitalistenklasse aus allerhand Schiebern, auch aus Sowjet-Kontrollleuten an den Grenzen, die ungeheure Geschäfte machten, kam heraus. Es entstand eine neue Beamtenklasse, in der unreife Lumpen- proletarier und Lumpenbourgeois eine große Rolle spielten, und die viel korrupter war und schlechter arbeitete, als die alte Bürokratie. Die ganze Entwicklung hat den Sozialismus

Entente / Deutschland / Baltikum.

In einem Artikel mit dem Titel „Die baltischen Staaten und die Alliierten“ verlangt die „Times“, daß die alliierten und assoziierten Mächte energisch auf der sofortigen Erfüllung ihrer Forderungen nach Räumung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen bestehen sollen. Sie knüpft an die letzten Berichte der „Freiheit“ und des „Vorwärts“ über Trans- porte von Truppen und Material nach Kurland folgende Neuferung an: Es bestehen nur zu viel Ursachen, der Behauptung der „Freiheit“, daß Kurland allmählich in ein riesiges Militärlager umgewandelt werde, Glauben zu schenken. Die Entscheidung der deutschen Re- gierung, daß sie die deutschen Truppen in Kurland nicht zum Gehorsam zwingen könne, sei unzulässig. Jeden- falls hätten Regierungen, die so etwas nicht können, keinen Anspruch darauf, als Regierung behandelt zu werden. Die Politik, die hinter allen diesen Untrieben stehe, sei auf die Fest- setzung des deutschen Einflusses in den baltischen Provinzen und in Russland gerichtet und verfolge monarchistische Ziele. Präsident Wilson habe diese Gefahr schon im Juni 1917 vorausgesehen. Als er in einer Rede in Washington sagte, das große Ziel Deutschlands sei, einen breiten Gürtel deutscher militärischer Macht und wirtschaftlichen Einflusses quer durch das Zen- trum Europas bis an das Herz Asiens zu legen. Die „Times“ fragt, wie die jetzige Haltung der alliierten und assoziierten Mächte und der Regierung Lond Georges gegenüber diesen Bestrebungen sei. Die Versicherungen, die in der letzten Zeit aus Paris und London gekommen seien, reichen nicht aus, um das Publikum aufzuklären zu stellen. Zum Schluß spricht sich die „Times“ für eine aus- giebigere Unterstützung der baltischen Staaten „wenigstens in Waffen und Kriegsmaterial“ aus.

Das Interesse der „Times“ besteht fernerlich darin, die Entente zu den angedrohten Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland wegen der baltischen Frage zu bewegen. Ob lediglich aus Gründen des Deutschenhasses oder tatsächlich aus Furcht vor den unberechenbaren Abständen der deutschen Truppen, bleibe dahingestellt. Es ist natürlich Unsinn, zu glauben, daß es in Deutschland noch ernste Menschen gibt, die den Traum auf deutsche Machterweiterung im Osten, noch dazu im offenen Widerstand gegen die Entente, weiter träumen möchten. Was die Frage anlangt, ob Regierun- gen, die irgendwo auf dem Auhenposten sitzende Truppen nicht mehr in der Hand haben, noch den Anspruch erheben können, als Regierungen behandelt zu werden, so liegt es nahe, auf Fiume hinzuweisen, das noch näher bei Rom als Mitau bei Berlin liegt — und wo es doch möglich ist, daß eine Militärkammerilla in offener Rebellion gegen die Regierung das ganze angestrebte System der Neuord- nung europäischer Machtverhältnisse durch die Entente über den Haufen wirft. Wer im Maschhaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Nichtsdestotrotz halten wir es nach wie vor für die Pflicht der deutschen Regierung, den Osttruppen gegenüber das Maß von Energie aufzubringen, dessen sie nur imstande ist. Das deutsche Volk hat nicht Lust, wegen der Siedlungs- möglichkeit von einigen tausend Soldaten in die ernsthaftesten und verhängnisvollsten Schwierigkeiten hineinzukommen. Was den Uebertritt freiwilliger Truppen in die Dienste Koltshaks anlangt, so ist es Angelegenheit der Entente, sich darüber mit Koltshak auseinanderzusetzen. Deutschland hat keine Interessen im Baltikum und überläßt den Kampf mit den Bolschewisten, solange diese kein deut- sches Gebiet bedrohen, gern denjenigen, denen die Bolsche- wisten auf den Nähten sitzen.

Roter und weißer Terror in Kiew.

Ein Korrespondent der „Times“ landete mit einem französi- schen Aeroplan in Kiew. Er enthält in seiner Zeitung die ent- seßlichsten Verbrechen, deren sich die Bolschewisten während der 200 Tage schuldig machten, als sie die Stadt besetzt hielten. Es wurden über 2000 Leichen gefunden. Am gravamsten soll eine bekannte Prostituierte namens Rosa Schwarz gewürgt haben, die die Todesurteile selbst vollstreckte. In der von den Bolschewisten herausgegebenen Zeitung „Das rote Messer“ wurde die wirksamste Art der Tortur erdort.

Soweit der Korrespondent der „Times“, nach Venin aber kam Denikin. Ueber dessen Begünstigerrolle meldet das ukrainische Pressebureau:

In Kiew herrscht ein entseßlicher Terror, wie ihn die Ukrainer nicht einmal unter der Bolschewistenherrschaft erlebt haben. Die Freiwilligen der Armee Denikin sahen nach ukrainischen politischen Führern, nach Mitgliedern der früheren ukrainischen Zentralrada und nach Personen, die an dem Aufstand gegen den Hetman teilgenommen haben, und verhafteten dieselben. Der neu organisierte Geheim-Gendarmeriedienst (Ohrana), der im Hotel Metrovol untergebracht ist, überwacht das Leben der Ukrainer. Die ukrainische Intelligenz und Ar- beiterklasse verläßt massenhaft Kiew. Die Dörfer in der Umgebung von Kiew sind von ukrainischen Flüchtlingen überfüllt.

Das Schreckenskind Fiume.

Aus London wird gemeldet, daß nach hartnäckigen Gerüchten die italienische Regierung die Alliierten gebeten habe, eine Heeresmacht aller Verbündeten mit Ausnahme der Italiener selbst zu bilden, die d'Annunzio aus Fiume ver- treiben soll.

Wie verlautet, wird Präsident Wilson sich mit dem italie- nischen Vorschlag über Fiume nicht befassen, bevor Italien den unrechtmäßigen Zuständen nicht ein Ende gemacht hat. Man hofft, daß es dem zum Befehlshaber der Flotte im Adriatischen Meer ernannten Admiral Cagni gelingen wird, eine günstige Ent- scheidung herbeizuführen.

Das Pariser Südslawische Pressebureau teilt mit, daß die Nach- richt verschiedener Blätter, das südslawische Reich und Italien hätten sich über die Frage von Fiume und das adriatische Pro- blem im allgemeinen geeinigt, nicht den Tatsachen ent- spreche.

sehr kompromittiert. Man ging immer weiter nach links und kam schließlich zur Diktatur, d. h. zur Tyrannei. Es kam daher unumgekehrt zu Konflikten zwischen der Räteregierung und den sozialdemokratisch erzogenen Arbeitern in den Gewerkschaften.

Soweit in den Fabriken noch zu tun war, wurde die Produktion von den früheren Leitern geführt, die Betriebsräte hatten nur ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die sie selber nicht treffen konnten, zu geben. Die Leistungen der Arbeiter waren trotz aller Mahnungen viel geringer als vorher, man mußte den Affordlohn einführen und dachte ernstlich an die Einführung des Taylor-Systems. Der Großgrundbesitz wurde zwar bäuerlichen Genossenschaften übergeben, aber durch die einander widersprechenden Bestimmungen über die Bodenverteilung machte sich der Kommunismus die Bauern zu Feinden. Dazu kam, daß in Budapest das alte österrösch-ungarische Geld nicht hergestellt werden konnte, und daß die neuen Noten nur auf einer Seite bedruckt waren. Der konservative Bauer sperre sich gegen die Annahme dieses „weißen“ Geldes.

Die Geschäfte in Budapest wurden zunächst alle geschlossen. Den Angehörigen der Bourgeoisie wurde gestattet, je monatlich bis zu 2000 Kronen von der Bank abzuheben. Diejenigen, die nicht besaßen, wurden in ihren Geschäften als öffentliche Bedienstete wieder angestellt. Wer kein Geschäft gehabt hatte, mußte sehen, wo er blieb. Bis auf zwei Blätter konnte die Presse weiter erscheinen, jedoch unter kommunistischer Zensur, die von einem Zensurkomitee und von je einem Zensor in jeder Redaktion ausgeübt wurde. Bezeichnenderweise haben manche bürgerlichen Blätter weit glänzendere Beiträge für den Kommunismus gebracht, als die Arbeiterpresse. Andererseits verstanden es bürgerliche Journalisten, trotz der Zensur doch auch gegenfeindliche Meinungen zu vertreten, weswegen schließlich jeden Tag Anleitungen ausgegeben wurden, an die sich die Zeitartikel halten mußten. Inzerate gab es nicht.

Über den roten Terror sind im Auslande gewaltige Übertreibungen verbreitet worden. Der heute zu langer Freiheitsstrafe verurteilt war, den traf man übermorgen im Kaffeehaus wieder. Die Schreckensherrschaft Samuelis bestand nur darin, daß Orte, in denen Rotgardisten ermordet worden waren, im Häuser- und Straßenlampen eingenommen wurden, und Leute, die mit der Waffe in der Hand gefangen wurden, der Hinrichtung verfielen, jedoch waren diese weniger zahlreich als die getöteten Rotgardisten.

Deutsch-Ungarn wurde die volle Autonomie gewährt, und die Arbeiterklasse fügte sich wohl, da sie von dem früheren Druck befreit war. Erst das Wüten der jetzigen nationalistischen Gegenrevolution, vor der täglich zahlreiche Bewohner nach Deutschösterreich flüchten, hat die Forderung des Anschlusses an Deutschösterreich, der der Vertrag von St. Germain Rechnung trägt, allgemein gemacht.

Heute herrscht neben den Rumänen in Budapest die schändlichste Reaktion. Es ist kein Zweifel, daß England und Frankreich zuerst die Herrschaft des Erzherzogs Joseph wollten, jedoch hat der Protest der Tschechoslowaken und Südslawen, die ähnliche Vorgänge für sich und ein Wiederaufkommen des magyarisierenden Nationalismus fürchteten, den Obersten Rat bestimmt, den Erzherzog fallen zu lassen. Jetzt scheint ein stiller Vertrag zu bestehen, wonach die Regierung Friedrichs Bogrome und Sozialistenverfolgungen und die Rumänen die wünschenswerten Requisitionen veranstalten dürfen. Sie holen alles weg, von den Einrichtungen der Fabriken bis zu den Telefonapparaten. Die Lebensmittelversorgung ist ebenso schlecht wie früher, die Preise sind furchtbar, es ist kein Geld da und es herrscht die nackte Hungernot.

Was die rote Armee anlangt, so herrschte in ihr ein Militarismus, der genau so schrecklich war, wie der habsburgische.

Wir wiederholen: Hier spricht ein Mann, der schon vor dem Umsturz in Ungarn mit seinem ganzen Idealismus für den Bolschewismus gearbeitet hatte. Wir haben seinen Angaben nichts hinzugefügt. Sie sprechen deutlich genug.

Heraus mit den Bilanzen!

Die Industrie leidet erschreckende Not. So jammert man allerwärts, und die Unternehmer können sich gar nicht darin überbieten, den Arbeitern Vorwürfe zu machen, weil sie die Politik in die Werkstatt hineintragen. In Wirklichkeit steht das Unternehmertum mehr als je in geschlossenem Kampfe gegen den Fortschritt des Sozialismus und vermag auch aus den geschwächten Klassen der verlustbringenden Unternehmungen Gelder zum Kampfe gegen das Proletariat heranzubringen. Es flattert uns da auf den Redaktionsstisch ein Schreiben der „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“, der u. a. die Großindustriellen Abellis, Deumer, Hilger, Sugenberg, Peter Klöckner, Rötger, Böglar angehören. Es hat folgenden Wortlaut:

Berlin-Wilmersdorf, September 1919.

An die deutsche Industrie!

Der für Deutschland unglückliche Ausgang des Weltkrieges, die Revolution vom November 1918 mit ihren Folgen, die in unser gesamtes Erwerbsleben tief einschneidenden neugeberischen Maßnahmen und die zahlreichen, es vielfach schwerer belastenden Regierungsbeschlüsse und -verfügungen, wie auch die augenblicklichen ungünstigen Mehrheitsverhältnisse in den Volksvertretungen machen es den Vertretern unseres Wirtschaftslebens zur unbedingten Pflicht, sich in ganz anderer und viel nachdrücklicher Weise, als es bisher zumeist geschehen, am politischen Leben zu beteiligen und im besonderen auch den politischen Wahlen ein größeres Interesse entgegenzubringen. Vor allen Dingen ist es auch notwendig, in opferwilliger Weise sich an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen, die nun einmal bei allen Parteien zur erfolgreichen Durchführung der Wahlkämpfe nötig sind.

Durch das neue Wahlgesetz, insbesondere auch durch die neue Wahlkreiseinteilung, ferner durch die bedeutende Erhöhung der Porto-, Druck- und Papierkosten usw. wird bedingt, daß sich bei den einzelnen Parteien die Wahlkosten gegen früher ganz gewaltig gesteigert, ja vervielfacht haben. Will die heimische Industrie Vertreter, die eine gründliche Kenntnis unseres gesamten Wirtschaftslebens und seiner Beziehungen besitzen, in den Volksvertretungen haben, dann muß sie auch bereit sein, die zur Ermöglichung der Wahl solcher Vertreter erforderlichen Mittel zusammenzubringen.

Diesem Zweck soll eben der vor nahezu zehn Jahren begründete industrielle Wahlfonds dienen, der gewissermaßen die Zentralstelle darstellt, von wo aus die Wahl inabwärtiger Vertreter unseres Wirtschaftslebens ermöglicht und gefördert werden soll. Der industrielle Wahlfonds hat, wenngleich für die breite Öffentlichkeit wenig erkennbar, Gutes geleistet. Es ist aber nötig, daß ihm, wenn er seinen Zweck im ganzen Umfang erfüllen soll, in Rücksicht auf die so gewaltig gestiegenen Wahlkosten in weit größerem Umfang als bisher Mittel zugeführt werden.

Den einzelnen politischen Parteien steht die den Wahlfonds verwaltende Kommission, wie schon aus ihrer Zusammenstellung erkennbar ist, völlig neutral gegenüber. Sie wird auch in Zukunft bei Verwendung der ihr übergebenen Gelder sich lediglich von den Interessen unseres Wirtschaftslebens leiten lassen und ihre Wahlbeihilfen dahin geben, wo es sich um die Wahl von Persönlichkeiten handelt, deren Eintritt in die Volksvertretung für unser Wirtschaftsleben förderlich ist. Dahin versucht werden muß, in die gezeichneten Körperschaften weit mehr als bisher Männer hineinzubringen, die mit den Bedürfnissen unseres Erwerbslebens, im besonderen der heimischen Industrie, vertraut und verwachsen sind, ist heute eine so allgemein anerkannte Forderung, daß sie nicht mehr der Begründung bedarf. Wir richten deshalb an die Angehörigen der gesamten deutschen Industrie, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, die dringende Forderung und Bitte, in ihrem eigenen Interesse Beiträge

an den industriellen Wahlfonds baldmöglichst abzuführen. Damit für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag die zur Wahl industrieller Vertreter nötigen Schritte rechtzeitig eingeleitet werden können.

Beiträge an den industriellen Wahlfonds sind unter der Bezeichnung „Zur den industriellen Wahlfonds“ zu richten an die Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Unter den Linden 55. Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds.

Man setze überall an Stelle des Wortes „Industrieller“ das Wort „Unternehmer“ und der Sinn des Aufrufes wird klar. Das Bescheidende ist, daß dieses Schreiben an die Direktion eines industriellen Werkes gerichtet wurde. Die Mittel zur Bestreitung dieses „parteilosen“ Wahlfonds scheinen also aus den Geldern der Unternehmungen selbst aufgebracht zu werden — ein Verfahren, das bei dem heutigen Tiefstand der Produktion nicht gerade zur Minderung der Generalunkosten beiträgt. In jedem Falle haben die Arbeiter das größte Interesse daran zu wissen, ob die Werke, bei denen sie beschäftigt sind, Kampfmittel gegen die Arbeiterklasse aus dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit ausbringen. Die Spaten weisen es von den Vätern, daß eine Reihe von Unternehmerorganen auf diese Weise unterhalten werden.

So versteht es sich auch, daß die Unternehmer sich gegen die Entsendung von Arbeitern in die Aufsichtsräte und gegen ihre Einsichtnahme in die Bilanzen wehren, wie es das Betriebsrätegesetz vorsieht. Nachdem aber gerade von deutschnationalen Kreisen der Gedanke der Werkgemeinschaft lebhaft propagiert wird, erscheint diese Kampfstellung des Unternehmertums gegen das Proletariat, zu dem letzteres nach die Mittel aufbringen helfen soll, doppelt merkwürdig. Die Arbeiter werden gut tun, sich von den Unternehmern nicht hinteres Licht führen zu lassen, sondern nun erst recht auf die Einsichtnahme der Bilanzen zu bestehen, um zu erkennen, wo der Gedanke der Werkgemeinschaft ernst gemeint ist und wo nicht.

Der Streit um die Umsatzsteuer.

Die Nachrichten der bürgerlichen Presse über einen plötzlich ausgebrochenen Konflikt wegen der Umsatzsteuer sind, wie wir schon gestern abend feststellten, stark übertrieben. Der Vorfall von gestern brachte auch nichts wesentlich Neues, da die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung den Standpunkt, den sie gestern einnahm, schon vor der Vertagung in Weimar aufs klarste präzisiert hat. Es handelt sich dabei zunächst nicht um eine sachliche Stellungnahme zu den einzelnen Steuerentwürfen, sondern nur um die Reihenfolge, in der sie verabschiedet werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert aus guten Gründen, daß die Umsatzsteuerentwürfe nicht eher verabschiedet werden, als bis die Entwürfe über die direkten Steuern erledigt sind. Sie geht von der Auffassung aus, daß man zunächst den Besitz mit seiner vollen Leistungsfähigkeit heranziehen müsse, und daß erst dann das noch Notwendige auf die Schultern der freien Klasse gelegt werden dürfe. Sie besorgt, daß das umgekehrte Verfahren dazu führen könnte, die indirekten Steuern hochzuschrauben in der Absicht, dadurch den Besitz zu entlasten.

Es ist nicht einzusehen, warum dem billigen Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion nicht Rechnung getragen sollte. Auch die Terminfrage, die von einem Regierungsvertreter angeschnitten wurde, kann nicht entscheidend sein, denn die rechtzeitige Erledigung aller Steuerentwürfe ist gleich notwendig, und an gutem Willen, rasche Arbeit zu leisten, wird es bei der sozialdemokratischen Fraktion nicht fehlen.

Die heutige Zusammenkunft der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder wird sich mit der Lage, die durch die gestrigen Vorgänge im Ausschuss geschaffen wurde, beschäftigen.

Bekämpfung der Volksseuchen durch verbesserte Diagnostik.

Dr. Felix Königsberger.

Die gefährlichsten Feinde der Volksgesundheit sind die beiden Volksseuchen Tuberkulose und Syphilis. Ihre verheerenden Wirkungen zu bekämpfen, ist die wichtigste Aufgabe der medizinischen Wissenschaft. Für beide Krankheiten haben wir Heilmittel. Gegen beide Seuchen haben wir auch seit vielen Jahren bereits vorbeugende Maßnahmen getroffen, die die Ausbreitung verhindern sollen. Außerordentlich Gutes haben die Tuberkulosefürsorgestellen, die Städte-Hygiene, sowie in letzter Zeit die Wohnungs-Hygiene geleistet. Wichtige Faktoren bei der Prophylaxe der Tuberkulose sind auch die Heimstätten und Wälderholungsplätze.

Die Prophylaxe der Syphilis gestaltet sich schwieriger, da sie nicht durch die Luft, den Staub oder das enge Beieinanderwachen übertragen wird, sondern durch direkte, meist sexuelle Berührung mit den Erkrankten. Durch Unsauberkeit, schlechte Pflege, Unterernährung, die Stillschleppung gefährdende Wohnungsverhältnisse wird natürlich auch die Ausbreitung der Syphilis begünstigt, aber eine spezifische Syphilis-Prophylaxe muß sich leider fast ganz auf Aufklärungsarbeit beschränken, mit Ausnahme seiner Mittelchen, die man dem Einzelnen anrät oder in die Hand gibt, wie dies früher beim Meer zeitweise eingeführt war. Heber die Art, wie die Aufklärung am besten vorbeugend wirkt, sind die Meinungen zurzeit noch sehr verschieden. — Der Film kann zweifellos hier eine große Einwirkung haben, doch muß er sich erst von dem jetzt geübten „Reißer“ zu einer von jeder Reflexion- und Gewinnlust freien, von berufenen Fachkräften durchdachten Form durchgereinigt haben.

Aber auch die beste Prophylaxe und die besten Behandlungsmethoden werden den Kampf gegen die Volksseuchen niemals so erfolgreich gestalten können, wie es wünschenswert ist, wenn die rechtzeitige Erkennung der Krankheit nicht einwandfrei und möglichst frühzeitig nach ihrem Auftreten gewährleistet wird. Als äußerst wichtiger Faktor reißt sich also der Prophylaxe und der Therapie die Diagnostik an. Je frühzeitiger die sichere Diagnose gestellt wird, um so günstiger ist die Aussicht auf erfolgreiche Therapie; um so frühzeitiger kann auch bei der Umgebung des Erkrankten die Prophylaxe einsetzen. Es ist heute allgemein anerkannt, daß man imstande ist, eine Syphilis mit einer einzigen energischen Kur zu heilen, wenn die Behandlung früh genug beginnt, nämlich solange die Erkrankung noch lokal ist, d. h. solange das Blut noch frei ist von Krankheitskeimen. Auch ein tuberkulöser Lungenspitzenabszess heilt, wenn frühzeitig genug die Lösung des Individuums von der schädlichen Umgebung und wenn entsprechende Behandlung zeitig genug einsetzt, meist ohne irgendwelche Folgen für das betreffende Individuum aus. Hieraus ergibt sich die enorme Bedeutung der ersten Untersuchung des Patienten beim Arzt. Es kommt alles darauf an, daß mit allen Mitteln der modernen Diagnostik so schnell wie möglich versucht wird, einwandfrei Diagnosen zu stellen. — Wir sind heute in der Lage, aus einem Gewebebe-

ziehungsweg aus einer Drüse in 10–20 Minuten mit Hilfe des sogenannten mikroskopischen Dunkelfeld-Verfahrens und die Krankheitserreger lebend sichtbar zu machen. — Wir sind imstande in einigen Stunden festzustellen, ob in einem Auswurf Tuberkelbazillen, und wenn auch nur in ganz verschwindenden Mengen, vorhanden sind. — Wir verfügen zur Erkennung von Krankheitserscheinungen über wissenschaftlich erprobte Methoden von ausgezeichneter Schärfe und Genauigkeit, wir können die geringsten Spuren von Eitelfäule, Zucker, Blut usw. in Auscheidungen feststellen, wir verfügen über Röntgeneinrichtungen, mit denen man in derselben Minute die härtesten und weichsten Strahlen erzeugen kann, und wir haben meines Erachtens die Verpflichtung, von diesen Fortschritten der Wissenschaft zum Segen der Allgemeinheit den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß der Arzt der tüchtigste ist, der am meisten untersucht. Der Arzt hat natürlich größere Aussichten, die Ursache des Leidens zu erkennen, der sich nicht nur auf die Untersuchung eines einzelnen Körperteils beschränkt, sondern eine Gesamtuntersuchung vornimmt. Unseren heutigen Ansprüchen darf jedoch auch eine solche Untersuchung noch nicht genügen; wir müssen uns aller Mittel bedienen, die die moderne Diagnostik uns in die Hand gegeben hat.

Wenn wir beispielsweise bei jedem Patienten, bei dem auch nur der leiseste Verdacht einer syphilitischen Infektion besteht, eine mikroskopische Untersuchung auf „Spirochaete pallida“ (Erreger der Syphilis) vornehmen würden, würde die Zahl derer gewaltig steigen, die in der glücklichen Lage sind, mit einer Kur von ihrem Leiden befreit zu werden. Aber es liegt leider nicht allein in der Hand des Arztes, dem Erkrankten diese Möglichkeit der schnellen Heilung zu geben, das Hauptergebnis ist, daß der Patient rechtzeitig genug den Arzt aufsucht. Würde man bei jedem Katarrh der Lunge, bei jeder Krankheit des Rippen- oder Brustkörpers eine Untersuchung des Auswurfs vornehmen, sowie ein Röntgenbild anfertigen lassen, so könnte man durch frühzeitige Erkennung und Behandlung zweifellos einen gewaltigen Prozentsatz schwererer tuberkulöser Erkrankungen vermeiden.

Wir verfügen seit 1½ Jahren über Statistiken, die im Diagnostischen Institut der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin angefertigt worden sind und die die Bedeutung der diagnostischen Untersuchung nicht nur bei den beiden Volksseuchen, sondern auch bei den anderen Krankheiten, wie z. B. bei der Erkennung des Krebses, der Nagen- und Darmkrankheiten, der Erkrankung der Nieren usw. deutlich erkennen lassen. So zeigten beispielsweise 20 Proz. der dem Institut eingehenden Sputa (Auswurf) das Vorhandensein von Tuberkelbazillen. 45 Proz. der Untersuchungen auf „Spirochaete pallida“ (Erreger der Syphilis) waren positiv. — Diese beiden Tatsachen lassen klar erkennen, daß viel zu wenig zweifelhafte Fälle zur Untersuchung kommen. Man kann sich demnach vorstellen, welche Erfolge man erzielen würde, wenn man das ganze Material reiflos erfassen könnte. Noch ein Faktor spielt besonders in der heutigen Zeit, in der sowohl Staat wie Kommune verschuldet und verarmt sind, eine große Rolle. Die Behandlung der rechtzeitig Diagnostizierten ist eine ganz wesentlich sparsamere, als die der vernachlässigten Fälle. Die Kranken werden schneller, also auch billiger und gründlicher geheilt, ihre

Arbeit kommt der Allgemeinheit rascher wieder zugute, und der schädliche Einfluß auf die Umgebung und die Nachkommenschaft wird vermindert. — Die Kosten, die für diagnostische Untersuchungen entstehen, werden also, seien sie noch so hoch, stets eine weit größere Ersparnis auf dem Gebiete der Krankenbehandlung und -fürsorge zur Folge haben.

Die Medizin ist eine Erfahrungswissenschaft und muß sich unabhängig machen von subjektiver Spekulation; gegründet auf die Resultate einer objektiven und genauen Laboratoriumsuntersuchung wird die Diagnostik leichter, schneller und sicherer, und der Therapie wird der Weg gewiesen. Auch wenn ein Teil der persönlichen Beziehungen zwischen Arzt und Patienten dabei geopfert werden muß, soll man dieses Opfer darbringen, wenn es und in der Erreichung unseres Endzieles unterstützt: die Gesundheit dem Volke zu sichern und zu erhalten. —

Weingartner-Erfolg.

Die Weingartner-Konzerte hatten stets den Anblick des Sensationellen. Es war Stimmung da, wie im Theater, und die Triumphe des Dirigenten erinnerten schon oft an die Vergötterung der Feinabonnen. Die festliche Stimmung war aber zum guten Teil Ausdruck einer Dirigentenpersönlichkeit von großem Wuchs, die selbst mit dem Aufwand einiger Kolorierte wahrhaftige Musik gestalten und klangen, Musiker und Laien fehlte konnte. Nun hat Weingartner ablegen müssen; und in großen, kalten Stilleharmontiesaal, der Heden jetzt, teilt die Siedehitze. Zwar spielt Wilhelm Wad-hous, der Besten einer, mit untadeligem Geleit und herabstem Schwung das B-dur-Konzert von Brahms; oder Erinnerungen an Schwanabel und d'Albert quälen uns das Gedächtnis ab, daß da noch ein Rest an Größe und Kühnheit des Wurfs zu läßen blieb. Zuletzt dirigierte Schillings die erste Sinfonie von Brahms. Schillings ist für die Zusammenstellung des Programms ja nicht verantwortlich; schwerlich hätte er sonst seine besondere Neigung zu dem Sinfoniker Brahms entdeckt. Was Weingartner, was Nikisch in diesem Werk hergaben, war Erlebnis und Bekenntnis; bei Schillings blieb es bei einer soliden und fast akademischen Erkenntnis und Auslegung. Die beiden nächsten Weingartner-Konzerte erhalten durch zwei Namen besondere Anziehungskraft: Hans Pfitzner und Karl Muck. K. S.

Notizen.

— Von Pfitzners Palästrina, dessen Aufführung bevorsteht, erscheint demnächst im Musikverlag Bärenreiter ein Auswertungs- und zwei Hefen mit überlängtem Text.

— Eine Volkshochschule für Musik ist in Hamburg in Vorbereitung.

— Die Wiederherstellung der Kathedrale von Reims, 50 000 Einwohner sind schon wieder nach Reims zurückgekehrt, und die Wiederherstellungsarbeiten an der Kathedrale sind bereits in Angriff genommen. Die Kathedrale hat ein vorläufiges Dach erhalten, das die Schritte und Gewölbe vor den Anschlägen der Witterung schützt. Ein Querarm wird für den Gottesdienst herangezogen. Die im Jahre 1917 begründete „Gesellschaft der Freunde der Kathedrale von Reims“ hat bereits namhafte Beiträge für den Neubau aufgebracht.

Preussische Landesversammlung.

58. Sitzung. Mittwoch, den 24. September 1919.

Am Regierungstisch: Hirsch, Defer. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 30 Minuten. Das Haus erledigt zunächst eine Anzahl kleiner Posten des Staatshaushaltsplans in zweiter Beratung.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Beim Etat der Münzverwaltung verlangt Abg. Wenke (Dem.) die Wiedereinführung eines 50-Pfennigstücks.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Man sollte endlich alles Gold aus der Kirche herausholen. (Lebhafter Widerspruch im Ztr.) Der Etat wird ebenso wie der Etat der Staatsschuldenverwaltung unverändert angenommen.

Beim Etat der Staatsarchive verlangt Abg. Heunig (U. Soz.) Deffnung der Archive. Der Generaldirektor der Archive stellt fest, daß die Archive der wissenschaftlichen Forschung offen stehen und keine Geheimnisse enthalten. Der Etat wird unverändert angenommen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer verlangt ein Ausdrucksantrag zeitgemäße Vereinfachung des Geschäftsverkehrs der Oberrechnungskammer. Nach Bemerkungen der Abg. Kaeßler-Greifswald (Dnat. Sp.) und Schaubert (Soz.) wird der Etat genehmigt, ebenso die Etats für den Disziplinargerichtshof, den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, das Gefängnisamt, den Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger.

Beim Etat des Kriegsministeriums spricht Abgeordneter Klausner (U. S.) über die Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Zeughaus. Darin zeigt sich eine Ueberbissung der nationalen Leidenschaften, wie sie auch bei dem Nord an dem französischen Soldaten zu Tage trat, worüber Sie (zur Rechten) sich noch freuen.

Präsident Leinert: Es ist eine unerhörte Beleidigung, Abgeordneten dieses Hauses vorzutwerfen, daß sie sich freuen, wenn ein Nord vorkommt. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf-Anklam (Dnat. Sp.): Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in einem solchen Parlament gegenüber einem Akt der nationalen Verzweiflung, wie es die Tat vor dem Zeughaus war, eine derartige Kritik geübt wird. Sie auf der Linken sind schuld daran, daß unsere Armee zertrümmert wurde. (Stürmischer, anhaltender Lärm links.)

Abg. Grzesinski (Soz.): Diese Behauptung ist eine unerhörte Verleumdung und nach den Veröffentlichungen der letzten Zeit eine Verleumdung, von der ich annehmen muß, daß sie wesentlich gemacht worden ist. (Stürmische Zustimmung links, Unruhe rechts.) Wir sind alle tief erschüttert über den Ausgang des Krieges, aber Sie, auf der Rechten, sind die Allerletzten, die uns die Schuld an dieser Katastrophe betreiben können. (Sehr richtig! links.) Ihre ganze Politik hat den Zusammenbruch herbeigeführt und die Art Ihres Auftretens hier im Hause und draußen verhindert es, daß unser Volk nun endlich ernstlich an den Wiederaufbau gehen kann. (Lebhafter Zustimmung links.) Durch die Veröffentlichungen der letzten Tage ist deutlich festgestellt worden, daß Ihre Parteifreunde die Schuld an dem Kriege haben. (Zustimmung links, Unruhe rechts.) Die Vorgänge im Zeughaus kann ich mit dem „Vorwärts“ nur als einen Dammungsanstrengung bezeichnen. (Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Man sollte überhaupt die ganzen Erinnerungen im Zeughaus beseitigen. (Beifall rechts.) Abg. Rippel (Dnat. Sp.): Die Unabhängigen haben kein Verständnis für die letzten nationalen Verzweiflung. Ohne die Ereignisse vom November 1918 wäre ein ganz anderer Frieden zustande gekommen. (Beifall rechts.)

Abg. Grzesinski (Soz.): Hindenburg hat bereits im Oktober erklärt, daß nach dem Abfall Bulgariens und der Türkei die Lage unhaltbar war. Die Revolution war also an dem Zusammenbruch nicht schuld. Sie war vielmehr eine Folge des Zusammenbruchs. Bis zum 9. November war die Entscheidung zugunsten Deutschlands gefallen. (Adolf Hoffmann: Und Wilhelm ausgriffen!)

Abg. Cohn (U. Soz.): Es ist ein Märchen, daß wir das Heer zermürbt haben. Die zwangweise ausgehobenen Millionen waren eben nicht mehr kriegsfähig. (Abg. Graf [Dnat.]: Wo sind Toffes

Millionen?) Ueber die Verwendung der russischen Gelder habe ich öffentlich Abrechnung abgelegt. Wenn jemand behaupten sollte, ich hätte sie zu anderen Zwecken verwendet, so würde ich ihn als einen Verleumdung bezeichnen. (Abg. Graf: Und das andere Geld?) Für diese Verdächtigungen verneine ich Sie einen gemeinen Verleumder. Der Trübsinn von Scapa Flow entspringt derselben eiteln Prestigejagd, die uns in den Krieg geführt hat, und der wir diese Niederlage verdanken.

Abg. Rippel (Dnat. Sp.): Mit Herrn Cohn kann man sich nicht über nationale Würde unterhalten. Die Unabhängigen sind schuld an der bölligen Zertrümmerung des Heeres und an der Wehrlosmachung Deutschlands.

Abg. Roldenhauer (D. Sp.): Es ist nicht wahr, daß Deutschland die Schuld am Kriege gehabt hat.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat Oktober zum Preise von 3,— Mk. inkl. Zustellungsgebühr, bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Der Etat des Kriegsministeriums wird genehmigt. Der Gesandtschaftsbericht über Erhebung von Zuschlägen im Wäiter- und Tierverkehr der Staatseisenbahnen wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats der Hausverwaltung. Abg. Samedding (Ztr.): Dem Ausdrucksantrag auf Aufnahme von Vertretern der Arbeiter und Angestellten in die Bezirkswasserstraßenbeiräte stimmen wir zu.

Abg. Dr. Kriest (Dnat. Sp.): Der Bau des Mittellandkanals und die Elektrizitätsversorgung müssen energisch gefördert werden.

Abg. Rebehn (Dem.): Bei der Neubefugung von Stellen wünschen wir mehr Berücksichtigung der Techniker.

Danach verläßt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. Weiterberatung Finanzministerium. Schluß 1/3 Uhr.

Groß-Berlin

Erhöhung des Margarinepreises.

Während wir gerade über die Anfrage eines Perßlers nachgrübeln, warum die Margarine in Berlin mit 6 R. fast doppelt so teuer wie in Perß ist, erhalten wir die folgende halbamtliche Anfründigung: Durch die Erhöhung des Weltmarktpreises für Getreide und das Sinken des Marktpreises sind auch die Rohstoffe, die der Reichsausschuß für Oel und Netze zur Herstellung von Margarine oder Speisefett einläuft, fortgesetzt im Preise gestiegen. Daher können diese Rohstoffe zu dem bisherigen Preise nicht mehr an die Fabriken abgegeben werden. Die bedauerliche Folge ist, daß Margarine vom 1. Oktober 1919 ab nur zu einem um etwa die Hälfte teureren Preise hergestellt werden kann. — Solange wir so wenig Waren ausführen, wird eine größere Senkung der Preise schwerlich eintreten können. Schon gar nicht, wenn es den Buschbrüder gelingen sollte, uns mit der Räterregierung zu beglücken. Der wird das überkapitalistische Ausland sicher nichts billiger liefern und ob die Sowjetmacht mehr wert sein wird als die Kosakemacht, wagen wir auch zu bezweifeln.

Niedergerückt wurde in einer Bilmersdorfer Versammlung der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie der Referent Heinrich Ströbel von seinen eigenen Parteigenossen aus der U. S. P. Ströbel führte aus, daß wir nur durch die Demokratie zum Sozialismus gelangen können, und bei seiner Kritik des logen. Koselshiemis unterließ er nicht, wahrheitsgemäß darauf hinzuweisen, daß die Linkskradikalen zuerst an die Gewalt appelliert haben. Das wollten die Unabhängigen nicht hören, also brüllten sie. Da es aber doch eine Einigungsversammlung war, wurde nicht eine vollständig vorschriftsmäßige Niederbrüllung vollzogen und man ließ Ströbel dann doch weiterreden. Dafür gab nachher der Unabhängige Hilbig seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ein Mann wie Ströbel noch der U. S. P. angehören könne.

Der Kriegsgefangenen-Schwindel nimmt kein Ende. So erzählt ein soeben zurückgekehrter Kriegsgefangener in Berlin R. ostentativ voller Erbitterung, daß die Kriegsgefangenen nur so lange auf ihre Rückkehr hätten warten müssen, weil die deutsche Regierung von Frankreich pro Gefangenen täglich 35 M. erhalten! Dies sei ihnen durch einen mitgegangenen Offizier unter dem Hinweis mitgeteilt worden, sie sollten sich dafür bei der deutschen Regierung bedanken. Der diese dreifache Verleumdung weiterzählt, ist somit gewiß einer, der jeden Offizier verabscheut, aber als „Informator“ gegen die eigene Regierung ist er ihm wohl gut genug!

Der Bundesrat der Saalbesitzer Deutschlands legt jetzt in Berlin, Kristall-Palast, Elßasser Straße. Die Verhandlungen leitet Wolter. Den Jahresbericht erstattete Hentschel. Der Bund kämpfte insbesondere gegen die Bestrebungen der Bauhausreformer, die in furchtlich-obstinatlerischer Absicht das ganze Gewerbe mit Vernichtung bedrohen. Weitere Kämpfe gab es mit den Kellnern und Musikern. Dem Bestreben des Deutschen Musiker-Bundes, die Beamtenmusik gänzlich auszuschalten, werden die Saalbesitzer mit größter Entschiedenheit entgegengetreten. Die Gründung einer Konzertagentur wurde vorläufig aufgegeben. Man entsandte eine Abordnung von 6 Delegierten zum Minister des Innern, Heine, um über die Tanzbeschränkungen Beschwerte zu führen. Am 15. März hat Ministerpräsident Hirsch verfügt, daß die Konzessionierung von Tanzlustbarkeiten unter den gleichen Bedingungen wie vor dem Kriege zu gestalten ist. Einschränkungen dürfen nur mit Rücksicht auf den Kohlenmangel stattfinden. Diese Verfügung wird aber in der Provinz durchaus nicht beachtet.

Bestimmungen zum Oktoberumzug. Im Hinblick auf die im Möbeltransportgewerbe zurzeit noch bestehenden Schwierigkeiten hat der Polizeipräsident bestimmt, daß im Stadtbezirk von Berlin beim nächsten Vierteljahrswohnungswechsel zu räumen sind: a) kleine, das heißt aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 3. Oktober, mittags 12 Uhr, b) mittlere, das heißt aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 8. Oktober, mittags 12 Uhr, c) große, das heißt mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 15. Oktober, mittags 12 Uhr. Die Inhaber der aus drei Zimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am 3. Oktober vollständig geräumt dem zuziehenden Mieter auf dessen Wunsch zur Unterbringung seiner Möbel und seiner sonstigen Habe zur Verfügung stellen. Diese Anordnung findet auf Geschäftsräume und möbliert genietete Wohnungen und Zimmer keine Anwendung. Für den Zeitpunkt der Uebergabe derartiger Räumlichkeiten ist der Mietkontrakt maßgebend.

Zum Lebensfreil. Die Firma Gebrüder Groß verlangt durch ihren Rechtsanwalt von uns abermals eine Richtigstellung unserer Notiz über den Vorfall in ihrer Filiale Schwarzenstraße, Charlottenburg. Wir hatten der Firma keinen Vorwurf gemacht, falls das Ergebnis ihrer Untersuchung mitgeteilt, wonach der Vorfall sich nicht ereignet habe und haben schließlich veröffentlicht, daß unsere Gewährpersonen ihre Angaben aufrecht erhalten. Inzwischen hat die Preisprüfungsstelle Charlottenburg eine Untersuchung eingeleitet und wir werden das Ergebnis selbstverständlich mitteilen. Mehr kann man gerechterweise wohl nicht verlangen.

Stadtbahnunterbrechung am 1. November. Die Erhöhung soll nicht wie im Fern- und Güterverkehr 50, sondern nur 30 Proz. betragen. Einfache Fahrkarten kosten ab 1. November bis zur 2. Station 2. Kl. 30 Pf., 3. Kl. 20 Pf., bis zur 3. Station 2. Kl. 40 Pf., 3. Kl. 30 Pf., ganze Stadt- und Ringbahn 2. Kl. 50 Pf., 3. Kl. 35 Pf. Monatskarten 1. Zone 2. Kl. 7,50 M., 3. Kl. 5,20 M., 2. Zone 2. Kl. 10,40 M., 3. Kl. 7,30 M., 3. Zone

Erleuchtung.

75] Roman von Henri Barbusse. Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Ich kann mich nicht mehr abwenden von Martha's Erscheinung und indem ich sie anblicke, erkenne ich nur Maria wieder. Ich weiß, daß Martha einige Liebchaften hinter sich hat. Jetzt ist sie allein. Sie ist allein. Aber sie will sich irgendwo anlehnen. — — Gespenst oder Wirklichkeit, der Mann ist nicht ferne von ihr. Das blendet. Gewiß, ich denke nicht mehr wie einstmals, daß es Menschenpflicht ist, dem selbstsüchtigen Triebe nur nachzugeben. Jetzt verpüre ich für die unwandelbare Gerechtigkeit eine große innere Verehrung. Aber trotzdem, käme dieses Wesen zu mir. Ich würde es vor allem und auch allen Jenseits zu Troste verspüren, daß ich wie ein unermesslicher Freudenstrei ansprühen würde. Maria vergeßt sich hartnäckig in ihren alten Gedanken, und sie sagt: „Eine Frau lebt nur, wenn sie liebt und wenn sie geliebt wird. Wenn sie dazu nicht mehr taugt, dann ist sie nichts mehr.“ Und sie fügt hinzu: „Siehst du, ich bin gar nichts mehr!“

„Ach, sie ist an dem Grund ihres Abgrundes angelangt, sie ist gekommen an das Ende ihrer Frauenrübsal. Sie denkt nicht mehr bloß an mich. Ihre Gedanken schweifen höher und weiter. Sie denkt an ihr ganzes, gefammeltes Frauenleben und an die Gesamtheit der Liebe und an die Gesamtheit aller Möglichkeiten, wenn sie sagt: „Ich bin nichts mehr.“

In diesem Augenblicke nehme ich nur an dem stillen Balten ihrer Gedanken teil, aber doch teilnahmslos. Sie hat keine Hilfe mehr zu erwarten, sie hat von Niemandem mehr ein Heil zu erwarten.

Ich möchte sie beruhigen und trösten, diese Frau, die voller Sanftmut und Schlichtheit ist und von Trauer beschattet, während sie mich leicht mit ihrer Gegenwart streift. Aber gerade darum, weil sie derart ist, vermag ich nicht vor ihr zu lägen. Ich vermag nichts gegen ihren Kummer, gegen ihre vollkommen unsehnbare Bekümmernis.

Da schreit sie auf: „Ach, wenn man wieder auferstehen könnte!“ Jetzt verläßt sie es, sich an den falschen Schein zu klammern. An den Tränenpapieren merke ich es, — und ich

mußte die doch ganz genau — daß sie heute Puder und Lippenrot aufgelegt hat. Vielleicht sind auch ihre Wangen geschminkt. Einmal hat sie das getan, um sich gegen meinen Willen noch etwas hübscher zu machen. Diese Frau, die sich bemalt, um über die Zeiten hinaus dem einstigen Ebenbilde ähnlich zu sein und die Vergangenheit nicht hinschwinden zu lassen, sie tut vollkommen das, was der tief-sinnige Rembrandt und der läppige und glänzende Tizian einstmals getan haben. Sie will nur ein Leben erhalten, sie will nur ein lebendiges Leben retten, aber diesmal haben einige spärliche Tränen den Versuch des gedrehten und sterblichen Menschleins weggenommen.

Maria will sich auch mit trügerischen Worten aufrichten und derart etwas entdecken, daß ihr eine neue Wandlung erschäße. So wie neulich am Morgen beteuert sie: „Wir brauchen eine Selbsttäuschung. Nein, wir dürfen die Dinge nicht so sehen, wie sie ihrer wirklichen Natur nach sind!“

Aber man spürt wohl, daß die Worte, die Maria da spricht, gar kein lebendiges Dasein besitzen.

In einem Augenblicke, in dem sie mich in all ihrer Unglückseligkeit betrachtet, flüstert sie: „Du machst Dir über nichts mehr trügerische Träume? Du tust mir eigentlich leid!“

Und jetzt wird es deutlich, daß sie nur an mich denkt, und daß sie wirklich nur mich beklagt. Obgleich sie selber trostlos ist, hat sie etwas gefunden, daß sie mir schenken möchte. Sie schweigt. Sie sucht nach dem höchsten Worte der Klage. Sie sucht nach dem Wort, das den schlichtesten und am meisten marternden Sinn verbirgt, und sie sammelt: „Du hast nur noch die kalte Wahrheit!“

Die Wahrheit ist, daß die Liebe der Männer nur etwa für eine winzige Jahreszeit auf ein Wesen fällt, das unter den vielen ausgelesen wird. Wahrscheinlich tragen wir in unserer Natur etwas, das viel sterblicher ist als wir selber sind, und doch liegt gerade bei diesem Sterblichen alle Bedenklichkeit. Und darum lebt der Mann wohl viel länger, als er in Wirklichkeit Lebenskraft besitzt. Es gibt Dinge, auf deren Zuverlässigkeit man ganz vertraut, und sie bleiben doch im Geheimnis. Weiß man denn wirklich, was man glaubt? Man glaubt an Wunder. Man macht große Anstrengungen, um sich aufzubauen und den tolen Aufschwung nicht zu verfehlen. Man möchte alles bezeugen, dessen man gewürdigt werden soll. Man bildet sich ein, daß man eine Ausnahme sei, und daß irgend etwas Uebernatür-

liches geschehen werde. Aber wir müssen erstarren in dem ungerichtbaren Frieden der kalten Wahrheit. Das Unmögliche wird wieder wirklich das Unmögliche. Man wird lautlos, als wenn man die Lautlosigkeit selber wäre.

Und so sitzen wir einsam bis zum Abend. Unsere Hände und unsere Gesichter funkelten in der Grabesfülle der Unbewegtheit und des Rebels wie Gemitterfunken.

Wir kehren heim. Die Wartezeit vergeht. Dann kommt das Nachtessen. Wieder leben wir einige Stunden dahin. Wir sitzen uns in unserem Hause wieder gegenüber und erschauen uns in unserer Einsamkeit. Niemand haben wir uns noch so vollkommen erschaut. Wir wissen nicht mehr, was wir tun sollen. Wahrsch, ein Trauerspiel, das dem Nichts entgegensteht, wird da entsefelt. Wir leben zusammen. Unsere Gewohnheiten stimmen zueinander. Die Gewohnheiten berühren und vermengen sich, aber alles das ist leer. Man begehrt sich nicht mehr. Man hat keine Gebuld mehr. Man hegt keine Träume mehr. Man ist nicht mehr glücklich. Gespenster ahnen nur noch nach, was das Leben ist. Wir sind nur noch Wesen, die, von Ferne gesehen, Wesen sind. Und ganz von der Nähe sind wir nur noch Gespenster.

Dann kommt die Stunde der Schlafenszeit. Maria schläft in dem kleinen Zimmer, das auf dem Gange gegenüber dem meinigen liegt. Ihr Zimmer ist weniger schön und kleiner als das meinige. Es ist mit einem vergilbten und verwellten Papier ausgeschlagen. Die alten Blumen darauf scheinen nur noch wie verwischte Staub- und Aschespuren.

Auf dem Gange sagen wir uns Lebewohl. Es ist nicht nur heute, daß wir es so halten. Aber heute spüren wir diese große Zerreißung, die eigentlich doch keine endgültige Zerreißung ist. Maria leidet sich aus. Sie zieht die Bluse aus. Ich sehe ihren Hals und ihren Busen, der schon ein wenig schlaff geworden ist. Die blonden Haare, die einstmals so prächtig auf ihr wie ein Strohfleuer geflammt hatten, fallen ihr halb gelöst in den Nacken. Maria sagt mir: „Es ist besser, ein Mann als eine Frau zu sein!“ Dann antwortet sie, da ich selber nichts antworte: „Siehst du, wir wissen nicht mehr, was wir sagen sollen.“ Sie steht auf der Schwelle der engen Türe und spricht in einem Tone, der etwas Unermehliches in sich birgt. Dann geht sie in ihr Schlafzimmer und verschwindet.

(Fortf. folgt.)

Opernhaus.
Rigoletto.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Journalisten
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Wie es euch gefällt.**
Freitag 7 Uhr: **Paust 1.**
Kammerspiele.

7 Uhr: **Gespensersonate.**
Freitag 8 Uhr: **Nju.**

Theater l. d.
Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: **Kameraden.**
Freitag: **Kabale und Liebe.**
Sonntag: **Kameraden.**

Komödienhaus
1 1/2: **Lislot von der Pfalz.**
Berliner Theater
1 1/2: **Die Dame im Frack.**

Central-Theater
7 1/2: **Die Schönste von Allen.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Postillon v. Lonjumeau**
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: **Gretchen.**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Summa Summarum.**
Kl. Schauspielhaus.

7 Uhr: **Krach.**
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Liebeszauber.**
Stg. 3 1/2: **Schwarzwalddel.**
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: **So ein Mädel.**
Metropol-Theater.
7 Uhr 20: **Die Fäshingssee.**
Neues Operettenhaus.

7 1/2 Uhr: **Die Dame vom Zirkus.**
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2: **Flachsmann als Erzieher**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Jungler Sonnenschein**
Th. am Nollendorfplatz

3 1/2: **Süßen der Gesellschaft.**
7 1/2 Uhr: **Die Puppe.**
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Die Frau im Hermelin**
Stg. 3 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Theater „Die Tribüne“

7 1/2 Uhr: **Die Male.** „Wandlung“
Theater d. Friedrichstadt

7 1/2 Uhr: **Vier Elnakter.**
Wallner-Theater

7 15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Stg. 3 15 Uhr: **Geisha.**

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße,
Stadtbahn jannowitzbrücke.
Täglich Heute: **244. Male**
8 Uhr. zum **244. Male**

Das höhere Leben.
Komödie von Sudermann.
Hans Arnsdott, Olga Limberg,
Rosa Valenti, Emil Musielok,
Paul Bildt, Jul. Falkenstein,
Georg Schnell, Helga Molander
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Gespensster.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich Heute: **369. Male**
7 1/2 Uhr. zum **369. Male**

Der gute Ruf
Komödie von Sudermann.
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Johannistener.

Voranzelge!
Mittwoch, den 1. Oktober:
Maskerade.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Walhalla-Theater.
Geschlossen.

APOLLO
THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein

7 1/2 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Riesen-Varieté-
Programm mit

Weltmeister Bahn
als Jin-Jitsu-Meister.
4 Urban
1. Best. Akrobat. d. Welt
u. a. m.

Voranzelge ab 1.10.
Die große
Varieté-Schau
Die Welt
im Jahre
2000!

Mit: Senta Söneland
Lucie Böttner
Lamberti-Paulsen
Willy Weiss
Alex Stamer
Erika Glitzke
u. Varieté-Attraktion.

u. a. Modenschau
im Jahre 2000!
Vorverkauf eröffnet!
Sonnt. 3 1/2 L. Erwauchs.
1 Kind frei!

Volksbühne Theater
7 1/2 Uhr: **Der Schwarzkünstler.**

Leasing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2: **Liebe.**
Freitag 7: **Zum 1. Male!**
Christa die Tante.
Sonntag 7 1/2: **Christa die Tante**
Deutsches Künstler-
Theater.

Donnerst. h. inkl. Sonntag 7 1/2:
Das Schloß am Wannsee.

Luisen-Theater.
7 1/2: **Strandgut.**
Sonnt. 8: **Hänsel u. Gretel.**
abend
Sonnt. 3: **Ich lasse dich nicht.**
Sonntag abend

7 1/2: **Charlott. Klinger**

Casino-Theater
Lottinerstraße. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
Großstadt-Pflanzen
Vorverkauf in 3 Akten.
Vorb.: **Schwarzwalddel.**
Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 7 1/2: **Mädchenhäre.**

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Siedel, Russell,
Schubert, Horst,
O. Schrader etc.
Neues Programm!

Großer Lacherfolg!
Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
1 Kind frei!
Bühnen-Konzert Beg. 7 U.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:

Varieté-Spielplan
Ranchen gestattet!

Admirals-Palast
Internat. Boxweltkämpfe
in allen Gewichtsklassen
um die
Meisterschaften
von Deutschland.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino
Uraufführung
Wanda Barska
mit Pola Negri

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halb 8:
Reichshall-S.
Dönhofs-Brettel.

Linden-
Restaurant
Eingänge: 7
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 62

allseitig
gerühmte
Küche!

Geht Pilsener und
Münchener Bier

Kapelle Michael
Gedächtnisfeier:
Zonendorf-Beitriebe
Ch. Frau Zambor

Privatgeld-Bankkred.
ggg. Geldsch. ab. Bürgsch. Joh.
Krause & Co., Gmmd. Agent.
u. Baum. SW 61. G. L. Str. 107

Möbel

Schlafzimmer
Schrank, 3 teilig mit
Spiegel, komplett M. 1725

Küchen
In allen Farben 350 an.
7 teilig. . . . M. 350 an.

Gemeinsames
Wohn- u. Schlafzimmer
von M. 1405 an.

Sofas
prima Stoff-
arbeitung. M. 375 an.

Einzelmöbel
wie Kleiderschränke, Vertikals,
Bettstellen, Spiegel, Ruhe-
betten usw. äußerst preiswert.

Auf Wunsch
Zahlungserleichterung.

Kluge
Charlottenburg,
Wilmsdorfer Straße 19.

Berliner Theater.
Direktion Carl Meinhard - Rudolf Demmer.

Beginn des Possenzyklus
Mittwoch, den 1. Oktober.

Neueinstudiert

Bummelstudenten

Hauptdarsteller: 1887

Hilke Wörner, Melitta Klefer,
Emil Birron, Julius Brandt,
Berthold Reifig, Paul Rehfopf,
Hermann Bicha, Hellmut Bathe,
Otto Schiller.

Circus Busch.
Donnerstag, 28. September, abends 7 1/2 Uhr,
zum 2. Male:

„APHRODITE“
Tragikomische Pantomime in 3 Akten
v. Paula Busch. Inszeniert von Hofballett-
meister Georges Blauvalet.

Die Verfasserin
Hauptdarsteller: Paula Busch und
Georges Blauvalet

Tänze: 1. Tanz der Panathenen,
2. Fox-Trott,
3. Feuer-Tanz.

Schaubühne Moritzplatz:
früher Duggenbogen :: Dir.: Schwarzer Kater

Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch und
Ossi Oswalda.

Ferner das
Riesen-Varieté-Programm.
Bier-Restaurant.

Sämtliche Plätze zum Einheitspreis von
2 Mark. Anfang 8 Uhr.

MARMOR **THEATER**
HAUS **AM**
URAUFFÜHRUNG
MORITZPLATZ

PRINZ **Gepetseht**
KUCKUCK Drama in 3 Akten
mit
Ria Jende
Friedrich Kühne
Regie: Karl Boess.
Außerdem das Lustspiel:
Ein Schwerenöter
mit
Trude Hesterberg
Leo Connard
Kurt Vespermann
4 615 830 630 830

Lichtspiel-Palast
Schweizer-Garten
Am Friedrichshain 29-31 Am Königs-
tor
Spielplan vom 26. Sept. bis 1. Okt.
mit
Blondes Gift Hedda Verbon
und **Trudes Geheimnis.**
Wochentags 6-10 Sonn- und Feiertags 1-10
Im grünen Saal:
Ab 8 30: **Kabarett** mit erstklass.
Kreuzen.
Marga Louison, Emil Lorenz, Erich Teudel,
Gustav Tleek, Irmgard v. Biberstein,
Alberth Leonhard, Luett.

Peltzer Grill
HERMANN PELTZER
WEIN-RESTAURANT
Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Prima Rauchtobak garantiert
Zigarren von 580 Mark an rein
Dänischer Kautobak
Rein türk. Zigaretten 1 P 298 M.
Englische Coldflake pro Mille
Größerer Posten Zigarren, billiger
Zigarren- und Zigaretten-Großhandlung,
Neukölln, Schinkensstraße 4A

Arbeiter, Schlosser, Monteure, Techniker, tretet der

Technischen Nothilfe

bei.
Zentrale: **Kurfürstendamm 194, Zimmer 695**
Auskunft I: **Markgrafenstr. 27**
Auskunft II: **Roßstr. 3**

Zur Sommerzeit

Surol **Ceka**

besonders präparierter u
vorzüglicher Essigsäure
Haushaltungs- und
Salzessig

Man achte auf den
geschützten Namen
Surol
große Effektivität und
reinen Versäuerungs-
effekt.

Man achte auf den
geschützten Namen
Ceka
rotes Etikett und
reinen Versäuerungs-
effekt.

Das Christusproblem gelöst! Sehen erheben! Vor 1800 Jahren!
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das
ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesgenosse des Kaiserhauses,
ein Jude aus dem Stamme der Alerandrier. Ein christlicher Priester versuchte
bei der Entdeckung des Dokumentes zu verheimlichen, da sich die ganzen mystischen
Wundergeschichten an einem ganz natürlich erklären. Die Vermutung gelang
dem aber nicht. Dieser historische Bericht ist im Deutschen übersetzt worden, mit
einem Vorwort über Christus Pilatus nachbearbeitet von Prof. Schmidt. Kein
Denkmal wird das Werk unbedeutend und der Hand liegen. Preis M. 1,50, schön
gebunden M. 2,50, Nachnahme 30 Pf. mehr. Höchstens 1000 Stück.
Grosser Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

Pianos
Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und
Eisart, Kunstspielapparate, Notenrollen,
gebrauchte Instrumente, in eigener
Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt,
unter voller Garantie, Verkauf nur
gegen Kasse, daher billigste Preis-
berechnung, Annahme von Aufarbeiten,
Reparaturen und Stimmungen.

Max Adam, Münzstraße 16

Meine großen Möbel-Läger
mit Spiegelschirmen, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, Eber- u. Gobelins-Garnituren, Sal-
zofas, Truhen, Schränke, Vertikals, kom-
pletten Kochgeschirren usw. Haben zur
speziellen Gelegenheit in der Dammstraße
Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 108 nahe Nollendorf-Platz bei
Hauptbahnhof *
Geöffnet von 8-6

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7

Ab Montag, 22. September, nur wenige Tage
kauft ich täglich von 10-6 Uhr im Hotel „Grüner Baum“,
Zimmer 1, post., Berlin O., Kurfürststr. 24/25

Alte Gebisse
24 Jahre: gemalt, Plat. Zahn 2,00 M. bis 4.- M. Plat.
Schiff- und Platten-Zahn bis 35.- M.; teure nach Gewicht.
Kölnel tolle Dablung. (79/10) Schmidt.

Verlegung der Versorgungsabteilungen.
Die Versorgungsabteilungen der Reichswehrkommandos
werden von der Bülowstraße u. Potsdamer Straße in die
Landwehr-Dienstgebäude in der
General-Pape-Straße verlegt
und zwar
I-V Berlin am 29. und 30.
VI Berlin am 26. und 27. d. Mts.

Während des Umzuges finden Unterweisungen und
Abfertigungen von Antragstellern statt:
am ersten Umzugstage in den alten Räumen in
der Bülowstraße oder Potsdamer Straße,
am zweiten Umzugstage in der General-Pape-Straße.
Landwehr-Inspektion Berlin.

Erstklassige
Autos und Motorboote
werden gekauft. Offerte an
Oedmark, Hotel „Bristol“, Berlin.

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende
Zahnpaste

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben in Zivil umarbeiten
in Schwarz, Braun, Blau, Grün, in 8 Tagen fertig

Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten
von Herren- und Damenherrenroben in 3 Tagen.

Stoffneheiten. Stoffausstellung.
Abheben wird jeder Stoff in 8 Tagen gefertigt und in
24 Stunden fertig geliefert. Abholung und Zustellung
kostenlos.

Original-Englische Stoff-Kausch.
Zweifarben in 48 Stunden.

Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

Wellkartoffeln als
Brattkartoffeln oder
Gemüsekartoffeln
(schmecken viel weniger gut als
Schälkartoffeln.

Mit meiner Haushaltungs-
möglichkeit werden in einer Wei-
nate mehrere Pfund Kartoffeln
über Köcheln, zum gleich-
zeitigen, harmonisch gebräut, da nur
die Spitze entfernt wird, halften
innere Eigenschaften sind vermieden.
1000fach bewährt, mit Hilfe
Nr. 55. - Nachnahme oder Vor-
einzahlung ab 2000. Brito-
gewicht 8 1/2 Kilogramm. (34.9°
Grat Schmidt, Lübeck.
Postfach 152.

Klebergebäudebau.
Roberte Bille, 1912 er-
baut, mit 6 Kammern, Wfl.,
Brennha, Kammern usw.,
einfach, leicht,
sofort bezugsbar,
zu verkaufen 40 000,-
Billette. Preis einfl. 200
Billette. Nr. 150 000.

Isr. Schmidt Söhne,
Schillerstr. 112, C. Bauart.
Tel. 12000-4, 2000 u. 1037/2

Wald und Wasser
Baustellen
R. von 12.- M. an.
Terraingesellschaft
am Vorortbahnhof
Hangelsberg (Spree).
Auk. Legierhaus Wagner.

Alles Grundstüd
an geöffneter Straße, große
Böden, Keller, Kellern,
Böden, umfänglich für
zu verkaufen. W. Pfeifer,
Hilberstraße 5, Berlin, Post-
fach 28. 91/4

Chellack
kauft jedes Quantum
Kurz, Berlin, Unter den Linden 75,
Post 3100. 91/5

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranien-
burger Tor
Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1
Erfolgreiche Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung

Professor Dr. Hebra's
Sommerpressen-Cream
nach Original- Rezept.
1000fach bewährt.
In Töpfen 3 M. 4.50.
Elefant-Apotheke
Berlin 325, SW 19
Leipziger Str. 74 140/90

Spezialarzt
Dr. med. Lommer
Brunnenstr. 185.
Harn- u. Blutuntersuchung
Salvarsan-Behandlung.

Von der Reise zurück, 96/14
Dr. Rudolf Katz
Frauenarzt,
Motastraße 28. 4-6.

Spezialarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 180 II,
Eingang Kronenstr. 180
Spr. 11-1, 1-2, Sonnt. 11-1.
Erfolgreiche Heilmethode.
Harn- u. Blutuntersuchung.

Spezialarzt Dr. Hasché
Ehrenhofen 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1
am Bahnhof - Telegraphen-
str. 99
Spezial-Behandlung Kühn seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bah.
Sprache: 10-12, 5-7, Sonnt. geschlos sen
Harn- u. Blutuntersuchungen

Spezial-Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Pflanz-Behandlung, Bestrahlungen, Höhenkur, Vierzellen, Elektr. u. med. Bäder,
Aerische Löser, Münzstr. 9 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1.

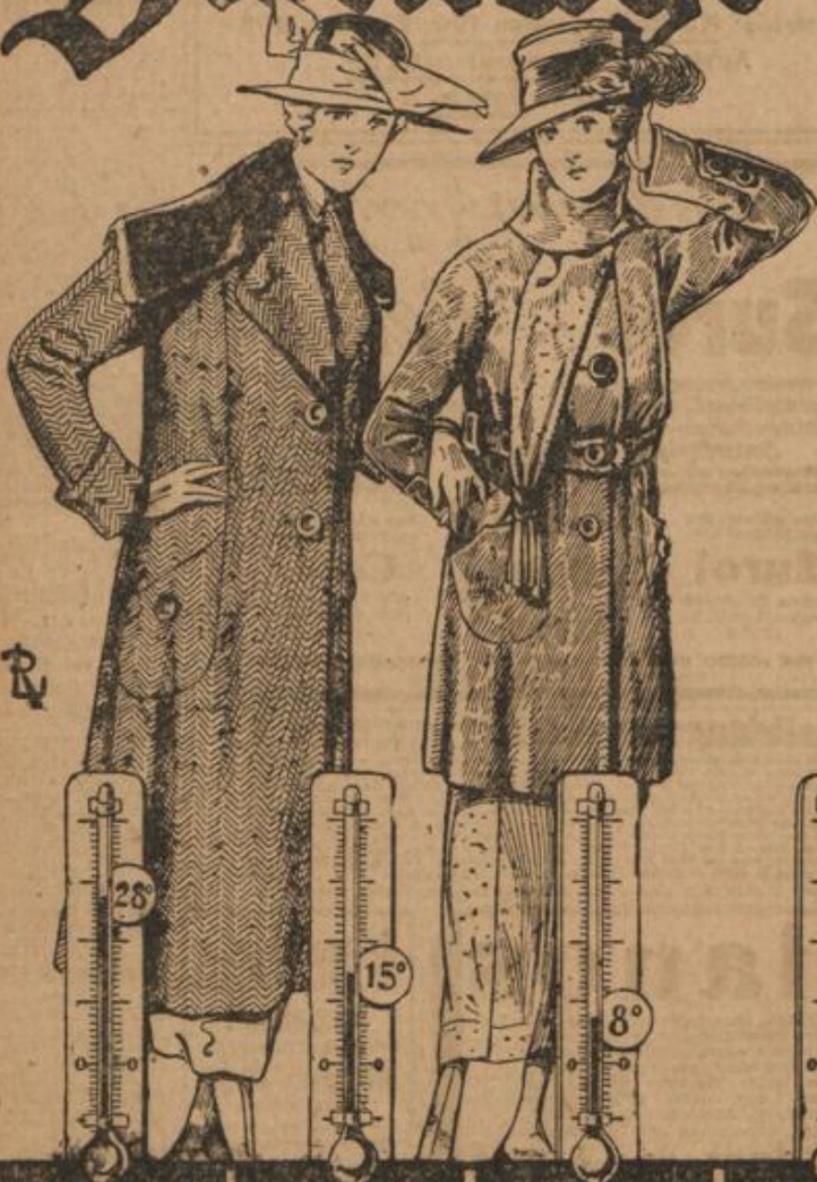
Dr. med. Hollaender
Spezialarzt
Anklärende Broschüre Nr. X.
1,80 M. gegen Nachnahme.
Berlin, Leipziger Str. 106 / täglich 11-1, 5-7 Uhr,
Hamburg, Kolonnenaden 26 / Sonntags 11-1 Uhr.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und anklärende Gratis-
Broschüren (Beschreibung sämtlich Heilverfahren)
in den Sprechstunden von 11-12, 2 mittags, 1/2 bis
1/2, 10 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr (im vor-
geschlossenen Brief 1,25 Mk.)

Erste und älteste Heli-Anstalt Löser
Spezial-Arzt Dr. Skott
Harn- u. Blutuntersuchungen, Elektr. u. med. Bäder,
Ecke Lützenstraße,
nur **Rosenthaler Str. 69-70, 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.**

Zähne, naturgetreu,
wie echte,
Friedenshautschuk, bestes Material, pro Zahn von
6 M. an (einsig Kriegsware).
Spezialität: Goldkronen von 50 Mk. an.
Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre.
Schönste Behandlung, speziell f. Kranke u. Nervöse.
Zahnziehen unentgeltl. Reparaturen, Umarbeiten sol.
Max Fabian, Dentist,
Neue Königstr. 38, I (2 Min. vom Alexanderplatz).

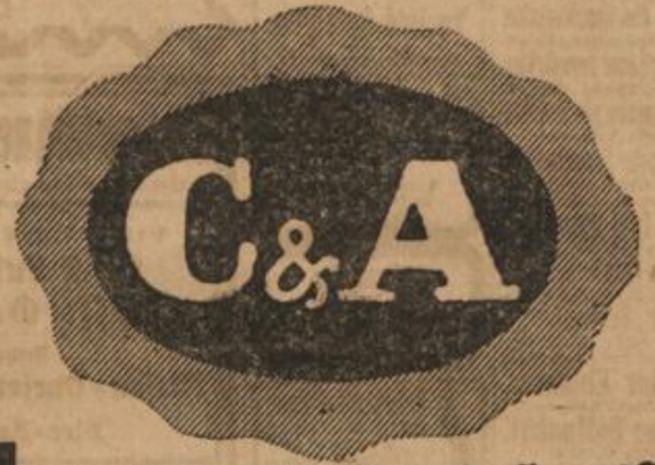
Die kluge Frau sorgt vor!



Den heiligen warmen Tagen werden bald kalte, unfreundliche folgen, in denen Sie warme Kleidung unbedingt benötigen werden. Sorgen Sie vor! Jetzt können Sie von unserer gewaltigen, unausgesuchten Auswahl in warmen, dicken Stoffen wählen. Jetzt hat die Verkäuferin nur für Sie Zeit. Warten Sie nicht bis zu den ersten kalten Tagen mit Ihrem unausbleiblichen Sturm auf warme Kleidung. Hier sind zwei Sachen, die wir Ihnen besonders empfehlen.

Flotter, dicker Herbstmantel aus verschiedenen hübschen Stoffen mit dem beliebten Raglan-Schnitt und schönem, hochstäblichem Pelzragen. Bequeme, aerodynamische Taschen. **nur 160,-**

Sportmäßige Winterjacke aus einem warmen Stoff in verschiedenen Farben, ein idealer Schuh gegen Kälte, besonders durch den flotten, schalartig zu verschlingendem Kragen. Mit festem Taschen und dito Gurt. **nur 66,50**



Rönigstr. 33 Chausseest. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Ostlicher Bahnhof

Wichtig! Maler und Anstreicher Wichtige! der Küchenmöbel-Branche.

Freitag, den 26. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Lohn- oder Akkordarbeit.
 2. Diskussion.
 3. Branchen-Angelegenheiten.

Wegen der wichtigen Tagesordnung darf kein Kollege in der Versammlung fehlen.

Die Branchenleitung.

Verband der Bureauangestellten Deutschl. • Verband Deutscher Versicherungsbeamten • Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppen Groß-Berlin.

Nachdem die Beschlüsse obiger Verbände beschlossen worden ist, führt der gemeinsame Verband ab 1. Oktober d. J. ab den Namen

Zentralverband der Angestellten.

Das Bureau der Ortsgruppe befindet sich vom 1. Oktober ab SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10 III, und ist geöffnet von 10-8 Uhr, außerdem Montags und Freitags von 6-7 Uhr nachmittags.

Wegen des Umzugs sind unsere Bureaus in der Zeit vom 25. bis 30. September nur in dringenden Fällen geöffnet. Die Einkassierung der Beiträge - soweit dieselbe nicht in den Betrieben erfolgt - geschieht vom 1. Oktober d. J. ab durch mit Legitimationskarten versehene Kassierer.

Der Monatsbeitrag beträgt vom 1. Oktober ab

- | | |
|---|--------|
| bei einem Einkommen bis unter 200 M. | 8,- M. |
| von 200-300 M. | 4,- . |
| von 300 M. und darüber | 5,- . |
| für jugendl. Angestellte unter 17 Jahren bis 100 M. | 0,75 . |

Die Ortsverwaltungen.

Wo findet man die

Technische Nothilfe?

Zentrale: Kurfürstendamm 194, Zimmer 695

Auskunft I: Markgrafenstr. 27

Auskunft II: Roßstr. 3

Kranken- und Sterbekasse der im allgemeinen Verkehrs-wesen beschäft. Personen und verwandten Berufsgenossen **Eintracht** (V. a. G.) in Berlin. Dienstag, den 28. Oktober 1919, abends 7 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung im Restaurant „Blücherheim“, Wilschstraße 10/11, Berlin. Tagesordnung: 1. Antrag auf Veränderung des § 9. Ziffer 2 der Satzung. 2. Innerer Kassenausschuss.

Der Vorstand: S. W. Karl Wendt, I. Vorsitzend.

Bekanntmachung. Siedender Nachtrag zur Satzung der

Wg. Ortskrankenkasse Adlershof u. Umgeg. Beschlossen in der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 28. August 1919.

§ 9 Ziffer 1 Ziffer 2 werden die Worte „und alle“ durch „ausdrücklich“ ersetzt.

§ 20 Ergänzung des Ziffer 2 im V. Nachtrag ist zu streichen.

§ 22 Absatz 1 werden die Worte „von zwei Dritteln des“ durch die Worte „des halben“ ersetzt.

§ 23 Absatz 2 ist zu streichen.

§ 25 neuer Absatz 2 im V. Nachtrag ist zu streichen.

Diese Änderungen sind auf Vorschlag des Aufsichtsrats durch Beschluss des Reichsausschusses vom 24. März 1919 in Kraft.

Der Vorstand: Max Knappe, Vorsitzender. Gremium: Charlottenburg, 11. Sept. 1919. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin, ges. von Helfern. H. Siegel. H. B. R. 243/19. 278,9

Schöne Augen - brauen, schattige Wimpern und interessanten Gesichtsausdruck durch Reichels ornat. Augenbrauenfarbe. Keine Schminke, unermessbar, in blond, braun und schwarz 5,50. Beset. Augenwasser vergrößert die Augen, macht sie groß und anziehend. Flasche 4,- und 7,-. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Juwelen Perlen Margraf & Co. U. a. b. H. Kanonenstr. 9. Tannenbergstr. 10 A. Tel.: Zentr. 9064.

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragde usw. **Margraf & Co.** U. a. b. H. Kanonenstr. 9.

Möbel günst. Einkauf Speise-, Herron- u. Schlaf-Zimmer, Küchen, DORN, Vein, Alsterstr. 9 unweit Plankammer.

1 Pfund Butter zu M. 2,80 kann ich nicht liefern, wohl aber einer groß. Pakete Behälter, 200 Gramm, 50 cm lg., zu M. 30,- gegen Nachnahme. B. Peitz, Kienmühlstr. 154 H. 9.



Richtige Gamaschen sind innen **„Peitsche“** gestempelt. 57/0*

Elektromotoren Reparaturen Gleichstrom - Drehstrom Ankauf - Tausch - Verkauf. Schönberger, Blumenstr. 100/11 Alexander 1723.

Harmoniumstimmer selbständig im Biegen und Intonieren sofort nach Dänemark gesucht. Dauernde Stellg. Sprachkenntnis nicht notwendig. Offerte unt. Nr. F. 36 an die Hauptexped. des Blattes, 617D.

Platineure, Gürtler für Bildhauerbronzen und Zierarbeiten gesucht. Carl Dieckhoff, Hannover, Bronzengießerei.

Hilfs-Monteur der an feineren und gewöhnlichen Arbeiten gewöhnt ist, per sofort gesucht. Bewerbungen 7-8 Uhr abds. W. Troopgen & Co., Elektrische Licht- u. Kraftanlagen, Berlin-Halensee, Bornimer Straße 18.

Lithographie. Ein Mann, kundig im Ueberdruck, Lichtdruck und Maschinenruck, bekommt feste Anstellung. Angeb. mit Gehaltsanspr. unt. „Selbständig“ Svenska Telegrambyran, Matm. Schweden. 54/18

Lehrling mit schöner Handschrift für kaufm. Bureau sofort gesucht. Fr. J. Breitung, Berlin-Berlinstraße.

Ausbefferinnen und Ausschleiferinnen f. Gardinen Breit d. h. L. ein Herrmann De. Breitenwälder Str. 126.

Platina Gramm bis 43 M.

Alte Gebisse bis 750 Mark. **Platin-Zähne v. 2.50 bis 38 Mark.** Gold, Silber, Münzen kauft 1400* **Frau Knuth, Zionskirchstraße 54, v. II.** 8 bis 8 Uhr. (Anklamer Straße, Brunnenstraße.)

Alte Gebisse bis 750 M.

Platina Gramm bis 43 M. **Platin-Zähne mit Stift v. 2.50 bis 38 M.** 1400* Münzen, Gold, Silber kauft **Frau Linke, Büchelerstr. 40 v. II, Portal II.**

Die „Niederländische Volkstimme“, Hameln, hat selbständig erwerbende Partizipanten als alleinigen **Redakteur.** Hameln hat 25000 Einwohner und liegt im schönsten Lage an der Weser. Auswärtige Angebote und Gehaltsansprüche an Joh. Becker, Hameln, Rosenstraße 20, erbeten.

50 Klempnerlehrlinge verlangt die Klempner-Innung zu Berlin. Bewerbungen beim **Obermeister Hufsch.** Wallerstraße 20, Hof I Tr. 4 bis 6 Uhr. Die Lehrlinge kommen zu geprüften, gewissenhaften Meistern und erhalten während der Ausbildung in unbedingte geleistete Fachschule und Lehrverpflichtung. Die Klempner-Innung besteht seit 1817, sie erzieht einen tüchtigen Nachw.

Mehrere Zimmerleute werden sofort eingestellt. **Heid & Franke Aktiengesellschaft** Wertheim Rudow, Ranzelstraße.

50 geübte Lötnerinnen für Messing und Eisen helfen ein **Schlawe & Grün, Metallwarenfabrik,** Schöneberg 10.

Strasenhändler

für den **„Vorwärts“** stellt ein die Hauptexpedition, Lindenstraße 8.

Austrägerinnen

für den **„Vorwärts“** werden eingestellt in folgenden Filialen:

- Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Stolpmann, W. Biernothstraße 8, Hof. - Markussstr. 36. - Döll, Immanuelkirchstr. 74
- Melie, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. - Lausitzer Platz 14/15.
- Schöneberg: Belziger Straße 27
- Steglitz: Ziegeldecker, Schildbornstr. 11.

Juwelier Siegel Brillanten von höchstem Feuer Peeler
Berlin NW Friedrichstraße 33

Der „Großherzog“ als Bilderdieb.

Aus Lidenburg wird gemeldet: Der wertvollste Teil der alten Bilder der Gemäldegalerie ist seit einiger Zeit nicht mehr in Lidenburg. Der Großherzog hat sie durch Vermittlung einiger Geschäftsleute über die Grenze nach Holland bringen lassen. Die Verhandlungen mit der Landesregierung über die Hebernahme der Bilder durch das Land wurden vom Großherzog kurzerhand abgebrochen. Die sehr bedeutungsvolle Sammlung von Statuen des 16. und 17. Jahrhunderts enthält u. a. fünf Rembrandt. Der Verlust wäre für den deutschen Kunstbesitz unerträglich.

Züchtung unglücklich! Es handelt sich hier um einen Fall von Unterschlagung, der mit den profanen Paragrafen des Bürgerlichen Strafrechts zu ahnden ist.

Die Untersuchung der Januarunruhen.

Der Untersuchungsausschuss der Preussischen Landesversammlung vernahm heute zunächst den Major Simon und Frau. Sie bekundeten, am 6. Januar gesehen zu haben, wie von einem Zuge der Spezialisten aus vor dem Kaiserhof auf den unvollständigen Demonstrationen der Reichswehrsoldaten geworfen wurden. Dann wurde eine Reihe der früheren Führer der Volksmarinedivision vernommen, die früheren Kommandanten Radtke, Jung, Galves und Hildebrand. Aus ihren Aussagen ergab sich, daß am 12. Dezember auf Betreiben Dorenbachs die Volksmarinedivision beschloß, für den Fall, daß die Regierung Ebert-Gaule auseinanderzulegen, geschlossen mit Waffengewalt auf die Seite Gaules zu treten. Dieser Beschluß ist in das Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember nicht aufgenommen, sondern streng geheim gehalten worden. Die Reklame der Volksbeauftragten am 28. Dezember hat Dorenbach auf eigene Faust unternommen. Er erhielt dabei 200 Mann Verstärkungen aus dem Polizeipräsidium.

Weiter vernahm der Ausschuss den Kommandanten Schulze, der vom 6. November bis Ende März Kommandant des Kaiserregiments gewesen ist. Schulze gab einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse der „Roten Festung“ und über die anderen Waffentaten der Kaisertruppen. Insbesondere sagte er auch aus, daß von dem Zusammenstoß am 6. Dezember

der damalige Stadtkommandant Wels überhaupt keine Kenntnis gehabt hätte, daß auch der Befehl zur Abriegelung der Chausseestraße nicht von Wels ausgegangen sei, sondern von dem Major des Soldatenrats beim Generalstab Kommando Krebs. Wiederholt vernommen wurde der Junge Erich Prinz, der nach der Revolution zuerst Kommandant der Eichenhorner Sicherheitswehr war. Er ergänzte seine früheren Aussagen dahin, daß schon am 6. und 7. Dezember vom Polizeipräsidium aus durch Wabel Waffen an die Schwarzkopfigen Arbeiter

ausgeteilt worden sind. Durch den Rat von Eichenhorn sind dann beim Polizeipräsidium wiederholt große Mengen Waffen aus allen möglichen Waffensorten abgeholt und an die „Rote“ (Russische Telegraphen-Agentur) und andere kommunistische Hauptquartiere zur Verteilung an ihre Anhänger geliefert worden. Nach der Abreise von Prinz fand, da man ihm bei der Verteilung sein Kommando abgenommen hatte, weitere umfangreiche Waffenbestellungen unter seinem Namen erfolgt.

Erich vernahm der Untersuchungsausschuss den Tischlermeister von Tschaga, der entgegen den Angaben der Verteidigung im Bedauerprozess mit großem Nachdruck erklärte, daß er niemals den Auftrag gehabt hätte, Ledebour oder Weber oder sonst jemand zu ermorden, und daß er niemals von dem damaligen Stadtkommandanten Reumont Wissen bekommen habe, außer den ihm und seinen Leuten zustehenden Gehaltsanteilen von 16 M. den Tag. Der Junge bestritt auch entschieden, den Reichsanwalt Rosenfeld und Lieblucht jemals andere Angaben gemacht zu haben. Auf die Frage, ob er von Reichsanwalt Rosenfeld größere Geldsummen im Hinblick auf den Bedauerprozess erhalten habe, verneinte er die Aussage. Die ferner geladenen Zeugen Dr. Kurt Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Emil Eichenhorn waren nicht erschienen und hatten Briefe geschickt, in denen sie erklärten, zu dem Untersuchungsausschuss kein Vertrauen zu haben. Die Mithildung der Vorurteile ist damit im wesentlichen beendet. Es stehen nur noch die Zeugen Präsident Leinert und Sekretär Nitzgen aus.

Valutafragen im Haushaltsausschuss.

Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung ging Finanzminister Erzberger vornehmlich auf die Valutafrage ein. Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt seien Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Valuta in Vorbereitung. Nicht sei wirksamer für einen und günstigen Valutastand als die Arbeit des deutschen Volkes. Beim Durchführen der bisherigen Wirtschaftspolitik wurde ein Teil Europas an der Valuta verhungern, ein anderer Teil im Fieber erliegen. Unbedingt notwendig seien neue Zollgrenzen im Westen. Die gewünschte Sachverständigenkommission sei für nächsten Montag berufen. Eine allgemeine durchgreifende Sanierung könne nur durch eine große Anleihe kommen, die durch eine internationale Konferenz in die Wege geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werde. Minister Erzberger betonte ferner, daß er die Währungsfrage der Papierfrage nicht vorgezogen habe, aber auf die Anmeldepflicht und den Umtausch der Wertpapiere als Maßnahme gegen die Kapitalflucht nicht verzichten könne. Dem Sachverständigenrat wurden neue Vorschläge darüber am nächsten Montag unterbreitet werden. Die Ansätze des Etats des Finanzministeriums wurden genehmigt, bis auf die Beamtengehälter für die Landesfinanzämter, worüber erst in einem Unterausschuss verhandelt werden wird. Bei den einmaligen Ausgaben wurde die Position von 520 000 M. zur Ausrottung von Dientwöhnungen für vier Reichsminister beantragt. Minister Erzberger sagte auf Ansetzung des Abg. Stücken (Soc.) die Einrichtung einer zentralen Abwägungsstelle für die Devisenrichtungen zu. Hierfür wurden die Ansätze genehmigt. Die Position von 305 Millionen M. für Heberwerbungsansätze an Steuervergütung und Sanierungsmaßnahmen wurde auf 350 Millionen erhöht. Bei der Position für Gewerbesteuerförsorge riefte Dr. Bachmide an die Regierung die Aufgabe, ob und wann diese Försorge ablaufen und in eine Versicherung umgewandelt werde. Wie ein Regierungsvertreter mitteilte, sind darüber kommissarische Verhandlungen im Gange.

Kartoffeldeputate für Erntearbeiter.

Die Reichskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, hat mit Zustimmung des Herrn Reichsernährungsministers in ihren Bestimmungen für die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1919/20 die Kommunalverbände bezug die Kartoffelerzeuger ermächtigt, den von außerhalb zur Disposition bei der Kartoffelernte zugezogenen Arbeitern bis zu 2 Pfund Kartoffeln für jeden von ihnen gezinsten Jentner Kartoffeln abzugeben. Als Höchstgrenze der Hiernach zu gewährenden Kartoffelmengen sind 6 Jentner für jeden Kartoffelgärtner und jeden seiner Haushaltangehörigen festgelegt.

Roter Vollzugsrat und Kohlenfrage.

Eine Kommission in Oberschlesien.

In der gestrigen Vollversammlung des Roten Vollzugsrates machte Pöster von der freien proletarischen Hochschullehrer-Propaganda für diese. Als er jedoch davon sprach, daß jeder einzelne Arbeiter für diese Einrichtung Opfer werden bringen müssen, man denke an einen Beitrag von 5 M., erhob sich Unruhe und Widerspruch in der Versammlung. Pöster geriet in große Erregung und rief schließlich in den Saal hinein: „Wenn Ihr nichts im Kopf habt, nähert Euch keine Maschinenwerkzeuge!“

Darauf erwiderte Malchow den Bericht einer Kommission, die der Rote Vollzugsrat nach Oberschlesien entsandt hatte. Sie bestand aus zwei Mitgliedern des Vollzugsrates, einem unabhängigen und einem kommunistischen, zwei Mitgliedern der Arbeitergemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat, einem Vertreter der Siemens-Arbeiter und einem Vertreter der Wittenauer Arbeiter. Oberbürgermeister Wernuth legte die verlangte Finanzierung zu und auf seine Veranlassung nahmen auch die beiden Leiter der Kohlenstelle Groß-Berlin an der Informationsreise teil.

Malchow berichtete u. a.: Unter den gewaltigen Vorkäufen an Kohlen habe die Kohlenförderung gelitten. Auch die Qualität der Kohle verschlechtert sich durch die allzulange Lagerung. Die Kohlen müssen schließlich noch einmal die Sortieranlagen passieren. Dieses Verfahren ist mit großen Transportkosten verbunden, die dann wieder auf den Kohlenpreis aufgeschlagen werden müssen. Der Kohlenmangel habe Berlin einen Anstoß von 500 000 Tonnen Kohlen gebracht. Die Arbeiter hätten erklärt, die Kohlennot sei eine politische Machination. (Das werden ihnen wohl die Parteigenossen Malchows eingerebet haben! Red.) Die Regierung habe sie künstlich erzeugt, damit sie die im Preisverfall befindliche Kohlenmenge nicht an die Entente abzugeben brauchen! Ferner um den Vergleuten den Achtstunden-Arbeitstag wieder aufzuheben und schließlich wollte Pöster durch die Kohlennot der Entente beweisen, daß es infolge des Widerstandes der Bergarbeiter notwendig sei, den Bestand der Reichswehr bis zum Frühjahr auf 400 000 Mann zu erhalten. (Vergeltungswahl! Red.) Der Rückgang der Förderung auf den Kopf des Bergarbeiters von 800 bis 900 Kilogramm auf 500 bis 600 Kilogramm sei nicht auf den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter zurückzuführen, sondern darauf, daß während des Krieges die Kohlenstandsarbeiten nur in den allerdringendsten Fällen vorgenommen worden sind. Nach Beendigung des Krieges ist die Gesamtleistung von 123 000 Mann auf 152 500 Mann gesunken. Diese überschüssigen 30 000 Mann arbeiten aber ausschließlich über Tage und sind mit den Instandsetzungsarbeiten und Zimmerungsarbeiten beschäftigt. Trotzdem werde sie aber in die oben genannte Förderungshöhe mit einbezogen. Daraus ergab sich aber, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Bergarbeiters jetzt noch genau so hochwertig wie während des Krieges sei. Das Bergzeug sei überdies mangelhaft.

Die Kommission hat den Eindruck gewonnen, daß in der ober-schlesischen Bergarbeiterschaft der Wille vorhanden ist, das kapitalistische Joch abzuschütteln. Zur Unterstützung dieser Bewegung müssen mehr tüchtige und geschulte Arbeiter ins ober-schlesische Revier. (Zwischenrufe: „Aus aus dem Parlamenten!“ — und kein Aufschrei: „Bin in die Kohlen-gruben!“ Red.) Die Löhne genügen nicht. Die Kommission hat

die Reparaturwerkstätte für Lokomotiven in Gleitsch befucht. Während früher 16 000 Arbeiter 80 Lokomotiven reparierten, werden jetzt von einer gesteigerten Arbeiterzahl nur 40 Lokomotiven bewältigt. Das liegt aber daran, daß während des Krieges nur das Allernotwendigste an den Lokomotiven ge-

macht worden sei. Es werden jetzt Lokomotiven eingekauft, die vier bis fünf Jahre gefahren sind und die man in normalen Zeiten zum alten Eisen gemorfen hat. Die Löhne seien unzureichend. In Katowitz hatte die Kommission eine Konferenz mit dem Eisenbahnpräsidenten und 6 Vertretern des Bergarbeiterverbandes. Es kam zu beratigen Aufträgen, daß schließlich die Bergarbeiter demontierten den Saal verlassen. Der Eisenbahnpräsident erklärte, daß in seinem Bezirk die Ursache für den Kohlenmangel nicht zu suchen sei. Malchow griff dann die Regierung an, die im vergangenen Winter die Betriebe in Berlin stillgelegt habe. Am Dienstag hat nun die Schließung der Kommission stattgefunden. Es waren Vertreter des Reichskohlenkommissars, der Zentral-Eisenbahndirektion und der Schiffahrtsabteilung anwesend, die sich gegen-sätzlich die Schuld an der Kohlennot zuschoben. Es war, so sagte Malchow, das „reine Theater“.

In der Aussprache erklärte der Arbeiterrat Geffert, daß in Berlin große Kohlenmengen verschoben

würden. Er habe festgestellt, daß im Café Vaterland große Vorräte lagen und 2400 Jentner seien in einem Keller eingemauert gefunden worden. Vorher hatte der Direktor des Vorkaufes dieser Vorräte bestritten. Der Redner erhob dann Vorwürfe gegen einen Leiter der Kohlenstelle, der während des Krieges sein Kohlengeschäft hochgebracht habe, weil er sich selbst 1850 Waggons jährlich zugeteilt habe. Die Zentralbelegungen im Wesen und die finanziellen Gebäude seien überbeliefert, ebenso die Kasernen. — Nichter trat für einen Generalkontroll der Berliner Kohlenarbeiter ein. Es wurde mit allen gegen eine Stimme eine Entschleunigung angenommen, in der u. a. die Schuld an der bestehenden Kohlennot der verlotterten, unethischen Staatsbürokratie, der Politik der Regierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegeben wird. Alle Versuche, die Schuld auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, verfallen nur den Jueden, die wahren Schuldigen zu bedecken. Die hässliche Presse, einschließlich der Presse der Reichssozialisten, betätigt sich täglich auf diesem Gebiet.

Diese freie Rede wurde nicht von selbst. Kein anderes Blatt hat wie der „Vorwärts“, a. B. in den Kreisen Otto Quast, die Sache der Bergarbeiter vertreten. Aber als Otto Quast auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Lugano auf die Kohlenkassette hinwies, da antwortete der Unabhängige Hilferding spöttisch, Quast rede nicht von den großen Fragen der Internationalen, nur von solchen Dingen wie der freien Seeschifffahrt und der Kohlennot. ... Das war weit bezeichnender für den Rechts- als-Initiativführer der Unabhängigen als ihr Scheininteresse für die Lösung der Kohlenfrage. Sie stehen ja auf dem von allen Vorkämpfern des Sozialismus stets abgekehrten Standpunkt, erst müsse alles noch viel schlechter werden, bevor es besser wird.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat die von mehreren Gemeinden gewünschte Verordnung scharfer Ueberwachung der Kohlenhändler erlassen. Danach kann die Kohlenstelle Groß-Berlin im Einvernehmen mit dem Vorstand des unabhängigen Kommunistenverbandes Kohlenhändlern, die gegen die Bekanntmachung über die Verteilung von Kohlen für Hausbrand, Kleinvertrieb und Landwirtschaft in Groß-Berlin vom 8. März 1919 verstoßen, den weiteren Betrieb des Handels untersagen. Die gleiche Verfügung hat nach vorangegangener Mitteilung an die Kohlenstelle Groß-Berlin der unabhängige Kommunistenverband. Der Kohlenhändler ist berechtigt, binnen einer Woche die Entscheidung des Kohlenverbandes Groß-Berlin anzufordern.

Für die weltliche Schule.

In fast dreißig gutbesuchten Mitgliederversammlungen unserer Partei wurde gestern abend die Forderung der weltlichen Schule aufgestellt. In die Eltern wurde die Wohnung gerichtet, zunächst einmal dafür zu sorgen, daß ihre Kinder nicht mehr am Religionsunterricht teilzunehmen brauchen. Die Referenten faßten ihre Ausführungen in folgender

Entschlieung

- zusammen:
1. Die versammelten sozialdemokratischen Eltern erklären:
 2. Die halten noch wie vor an der alten sozialistischen Forderung der allgemeinen Einführung der weltlichen Schule fest.
 3. Bis dahin ist der Religionsunterricht in der letzten Unterrichtsstunde zu erteilen.
 4. Der Konfirmandenunterricht ist außerhalb der Schule abzuhalten.
 5. Eine Beeinflussung der Eltern und Kinder für und gegen den Religionsunterricht haben die Lehrer in ihrer amtlichen Eigenschaft zu unterlassen.

In der aufbesuchten Versammlung im „Deutschen Hof“ (Dudover Straße) referierte Genosse Dr. Lohmann: Der Kampf um Schule und Bildung ist für die Arbeiter für das Parlament zu Ende. Nur die Volksgenossen aber jetzt erst dieser Kampf ein. In der Nationalversammlung hat die Sozialdemokratie, weil sie nicht die Mehrheit ist, die weltliche Schule noch nicht durchzusetzen vermocht. Diese kann jedoch überall da eingerichtet werden, wo die Mehrheit der Eltern sich dafür entscheidet. Jetzt kommt es darauf an, daß unsere Parteigenossen überall fest auf dieser Forderung stehen. Die Sozialdemokratie ist nicht religionsfeindlich, höchstens kirchenfeindlich, weil die Kirche sich zu einer Dienerin des Klassenkampfes gemacht hat. Wir fordern aber die Trennung von Kirche und Staat, die Trennung der Schule von der Kirche, die Enttarnung des Religionsunterrichts aus dem Schulbetrieb. Kommt der Staat unsere Kinder in die Schule hinein, so muß er in ihr die Glaubens- und Gewissensfreiheit sichern. Wir wenden uns gegen den Religionsunterricht in der Schule auch im Interesse der Kinder selber. Es bedeutet eine Vergeudung der Seele des Kindes, wenn man es schon in die starren Fesseln einer Konfession schlagen will. Auch ist der Religionsunterricht mit seiner Fülle eines toten, für die Kinder unverständlichen Gedächtnisraums keine Erziehung zur Sittlichkeit. Die meisten Erzählungen des Alten Testaments aimen einen Geist der Wiedervergeltung, dem mit von untern Kindern jertuhlen möchten. Als Ersatz für den Religionsunterricht fordert man Moralunterricht. Referent hält einen höheren Unterricht dieser Art nicht für nötig. Die starke Verchristlichung der Eltern und Lehrer ist ausschlaggebend für eine Erziehung zur Sittlichkeit. Nur in einer Gesellschaftsordnung, die frei von sozialer Ungerechtigkeit ist, kann sie gedeihen. Durch die Verfassung sind nun Glaubens- und Gewissensfreiheit so festgelegt, daß Eltern und Kinder sie von der Schule fordern dürfen. Der erste Schritt ist

die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht.

Darüber hinaus erstrben wir natürlich die weltliche Schule. Es ist bedauerlich, daß in den seit dem Abschluß der Verfassung ver-lassenen Boden fast niemand sein Recht, für sein Kind die Befreiung vom Religionsunterricht zu fordern, geltend gemacht hat. In Berlin ist das selbst in den Gemeinderäten des „radikalen“ Nordens bisher nur ganz spärlich geschehen. In den höheren Schulen liegen die Dinge wesentlich günstiger. (Hört, hört!) Es gilt, den Gedanken der weltlichen Schule hinauszufragen in weitere Kreise der Bevölkerung. Wir müssen eine möglichst große Zahl religiöser Schulen ideen jetzt einrichten können. Damit ist nicht getan, daß wir von der Regierung die

weltliche Schule fordern und die Nationalversammlung wegen ihrer Beschlüsse kritisieren. Alles Große wird von unten heraus geschaffen. Wir wollen den Anfang machen! Wir wollen uns die weltliche Schule kosten! Und

die Bahn dazu ist jetzt frei!

(Stürmischer Beifall.) In der Diskussion betonten verschiedene Redner, daß jeder, der sich innerlich von der Kirche losgelöst hat, auch den Austritt aus der Kirchengemeinschaft als Pflicht ansehen sollte. Vorge schlagen wurde, eine Resolution der Eltern anzufragen zu bringen, damit die vom Religionsunterricht befreiten Kinder nicht unversorgt bleiben. — Ein Redner empfahl, auch die Lehrerfortbildung vom Religionsunterricht zu befreien. Im Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß die Lehrerfortbildung überhört einer völligen Neuordnung bedürftig sei.

Die Versammlung in der Aula der Schule in der Danziger Straße 3 war sehr gut besucht. Referent war Genosse Lehrer Babke. In seiner Rede wurde er mehrfach unterbrochen durch stürmische Beifallausbrüche. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, sämtlich im Sinne des Referenten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ueber den Verlauf der übrigen Versammlungen werden wir noch berichten.

Unternehmer gegen die Betriebsräte.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände saßen in einer Versammlung folgende Entschlieung:

„Die deutsche Industrie, die auf dem Boden der Arbeitge-meinschaft steht, hat bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Betriebsräte von Anfang an bereitwillig und sachlich mitgearbeitet. In der Hoffnung, daß es gelingen werde durch das Zusammenwirken der Kräfte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in dem Gesetz behandelten Fragen zu einer alle Beteiligten befriedigenden Lösung zu bringen.

Da jedoch ihre Verbesserungsvorschläge im wesentlichen unberücksichtigt geblieben und weitere Verschärfungen eingefügt sind, erhebt die Industrie einmütigen und entschiedenen Einspruch gegen diesen Entwurf. Die deutsche Industrie erwartet von der Nationalversammlung im Hinblick auf die gefährliche Lage der deutschen Wirtschaft, die weitere Experimente nicht mehr betreibt, verbindliche Berücksichtigung der Wünsche, die in gemeinsamer Eingabe der zentralen Arbeitgeberverbände der Nationalversammlung unterbreitet worden sind.

Der einstige Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihrer jederzeitigen Abschaffung durch die Betriebsversammlung, der Zwang zur Verlegung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, erscheinen so gefährlich für die Leistung, Ordnung und Leistungsfähigkeit der Betriebe, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz werden darf.“

Die Provinzialautonomie Oberschlesiens. Im Ausschuss der preussischen Landesversammlung für die ober-schlesische Frage und den Beschlüssen über die Erweiterung der Selbstständigkeit der Provinzen wurde zunächst der von Zentrum vorgeschlagene Beschlusseckel über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in der von der Unterkommission vorge-schlagenen Fassung bei einer Stimmabstimmung (unabhängigen) angenommen. Nach dem Entwurf soll die Teilung der Provinz Schlesien in eine Provinz Ober- und Niederschlesien am 1. April 1920 in Kraft treten.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Metallindustrie.

Bisherigen Meldungen zufolge hat der Streik in der Metallindustrie eine wesentliche Verschärfung erfahren. In dem Maße, wie die Zahl der Streikenden wächst, nimmt auch die Zahl der Ausgesperrten zu. Momentan dürften etwa 50 000 Arbeiter als Streikende und Ausgesperrte in diesem Kampf verwickelt sein. Die Zahl der Streikenden wird von der Hinzehner-Kommission auf 18 000 angegeben, während die Unternehmer bereits 30 000 Arbeiter ausgesperrt haben. Es zeigt sich in diesem Kampf, daß das Unternehmertum jede Erweiterung des Streiks mit erhöhter Ausperrung beantwortet. Ob der Streik sich zu einem großen Ringen in der Metallindustrie entwickelt, läßt sich momentan noch nicht voraussagen. Die langsame Entwicklung dieses Streiks scheint gerade nicht dazu zu sprechen, daß in der Arbeiterkassette der folgenden Kämpfe erforderliche Eile vorhanden ist. Zum großen Teil dürfte die Auffassung vorhanden sein, daß die Voraussetzungen zu einem solchen Kampf noch nicht in hinreichendem Maße gegeben waren.

Ueber den Stand der Bewegung teilt die Streikleitung folgendes mit:

Die Zahl derjenigen Betriebe, deren Belegschaften sich an dem Kampf beteiligen wollen, hat sich auf 90, die Zahl der im Streik befindlichen Firmen auf 30 erhöht. Bei den bereits im Streik befindlichen Firmen hat der Streik eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Zahl der Streikenden beträgt zur Stunde rund 18 000; die Zahl der Ausgesperrten rund 30 000. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten wächst ständig.

Alle streikenden und ausgesperrten Kollegen haben sich täglich in ihrem Streiklokale zu melden. Alle noch in Arbeit stehenden Kollegen werden aufgefordert, zu prüfen, ob in ihren Betrieben Streitarbeit geleistet wird. Die bezüglichen Meldungen sind unverzüglich der Kommission zu machen. Insbesondere fordern wir alle Meister und Angestellten in der Metallindustrie auf, Streitarbeit zu verweigern!

In den Berliner Tageszeitungen werden irreführende Nachrichten über die Stimmung in den Kreisen der Berliner Metallarbeiter verbreitet. Unsererseits kann festgestellt werden, daß der Kampfesmut der Berliner Metallarbeiter ständig wächst. Die Führung des Kampfes durch die Hinzehner-Kommission erfolgt unter bestimmten Voraussetzungen. Betriebe, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, sind bisher von der Hinzehner-Kommission gegen ihren Willen zurückgewiesen worden.

Die Pressenachrichten, nach denen man in den Kreisen der Metallarbeiter einzusehen beginnt, daß die Bewegung einen vollen Erfolg nicht bringen kann und man mit dem Eingreifen des Arbeitsministeriums rechnen, sind frei erfunden. Angesichts der Haltung und Stimmung der Metallarbeiter wächst mit jedem Tage die Bewußtheit, daß der Kampf mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter abgeschlossen werden wird.

An die Hauptvertrauensleute in der Metallindustrie.

Die unterzeichneten Organisationen laden ihre Hauptvertrauensleute der Metallindustrie zu einer Versammlung für Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr, nach dem „Egnalischen Hof“, Alexanderstr. 27, ein. Tagesordnung: Aussprache über den Streik der Arbeiter in der Metallindustrie. Jeder Betrieb muß durch eine Person vertreten sein. Zentralverband der Angestellten. Bund der techn. Angestellten und Beamten. Deutscher Werkmeisterverband.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5, Transport- und Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie.

Die im Streik stehenden Betriebe haben täglich nachmittags 5 1/2 Uhr einen mit Legitimation versehenen Vertreter nach dem Lokal Pappelallee 35, Ecke Stargarder Straße, zu senden. Es handelt sich bei diesen Zusammenkünften um Entgegennahme von Berichten aus den Betrieben und um Zustellung von Mitteilungen an die Betriebe. Jeder Betrieb hat sich bestimmt vertreten zu lassen. Die Streikleitung.

Verbandstag der Hausangestellten.

Am Mittwoch wurden die beiden Referate über die Arbeitsvermittlung und die Versicherungsangelegenheit diskutiert. Die mündliche Ausdeutung der Hausangestellten durch gewerbmäßige Stellenvermittler wurde durch Beispiele aus dem Leben illustriert. Es wurde aber auch betont, daß die gewerbmäßige Stellenvermittlung durch die Hausangestellten, welche sie benutzen, begünstigt wird. Nicht an die gewerbmäßigen Vermittler, sondern an die städtischen Arbeitsnachweise sollten sich die Hausangestellten wenden. — Einmütig wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der privaten Stellenvermittlung sowie das Verbot der Stellenvermittlung durch Zeitungsinserte fordert und verlangt, daß nur die öffentlichen, auf paritätischer Grundlage ruhenden Arbeitsnachweise für Hauspersonal in Anspruch genommen werden. Zur Versicherungsangelegenheit wurde beschlossen:

Da die Hausangestellten bisher von der Unfallversicherung ausgeschlossen waren, wird die Regierung der deutschen Republik ersucht, eine Verfügung zu erlassen, daß die Hausangestellten der Unfallversicherung der Reichsversicherungsordnung unterstellt werden. Hierauf scheidet der Verbandstag zur Statutenberatung. Dabei handelt es sich in erster Linie um Anträge auf Vertrags-

erhöhung und ausreichende Anstellung besoldeter Kräfte. Die Referentin Bauz-Hamburg beantwortete einen Monatsbeitrag, der je nach der Lohnhöhe auf 1,00, 1,50 und 2,00 M. festzusetzen ist. Die Arbeiten, welche nicht von den Ortsgruppen geleistet werden können, sollten von der Zentralstelle erledigt werden, die deshalb mit ausreichend besoldeten Angestellten versehen werden müsse. — Dagegen beantragt die Ortsgruppe München die Anstellung von Gauleiterinnen, was mehr Erfolg verspreche, als wenn alle Arbeiten von der Zentralstelle erledigt werden. — Andere Rednerinnen vertraten den Standpunkt, daß der Verband noch nicht so weit entwickelt sei, um zur Anstellung von Gauleiterinnen überzugehen. Weiter wurde betont, beim Ausbau der Finanzverhältnisse des Verbandes müsse berücksichtigt werden, daß auch bei den Hausangestellten Streiks vorkommen könnten, die eine finanzielle Unterstützung erfordern.

Die Fortsetzung der Diskussion wurde auf Donnerstag vertagt.

9. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

In Hannover tagt zurzeit der Verbandstag der Gastwirtsgehilfen; er ist besetzt mit 85 Delegierten. Ferner sind vertreten die Hauptverwaltung, Redaktion, der Verbandsauschuß und die Revisionskommission sowie 15 Gauleiter und sonstige Verbandsfunktionäre.

Von ausländischen Bruderorganisationen sind erschienen: Je zwei Delegierte von Deutschösterreich, Schweden und Holland; ferner ist vertreten der Deutsche Reinerbund, über dessen Verschmelzungsbestrebungen mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen der Verbandstag beraten wird.

Der Bund der Gewerkschaften Deutschlands ist vertreten durch seinen Vorsitzenden Legien; ferner sind erschienen Vertreter der Stadtverwaltung, des Arbeitsnachweises, des Gewerkschaftsfortschritts und des Ortsvereins des Deutschen Reinerbundes der Stadt Hannover.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wird vom ersten Vorsitzenden des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, Reiske, ergänzt. Aus dem Bericht ist zu ersehen die Frage der Doppelschäftigung; während also auf der einen Seite eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht, benutzt ein Teil von Arbeitern die durch den Acht-Stunden-Tag gewonnene freie Zeit, um neben dem Hauptberuf noch im Gastwirtsberuf als Sozietäten zu arbeiten, es müsse darauf hingewirkt werden, daß seitens der Arbeitsnachweise nebenberufliche Tätigkeit erst dann vermittelt werden darf, wenn die Reiner untergebracht sind.

Die voraussetzliche große Debatte über die sogenannte

„Kriegspolitik der Gewerkschaften“

wirft ihre Schatten voraus. Der Berichterstatter verteidigt ausführlich die auch von ihm gelegentlich der Vorkonferenzen im Sinne der Kriegspolitik vertretene Meinung. Er schließt mit einem beifällig aufgenommenen Appell an die Einigkeit der deutschen Arbeiterkassette.

Die Diskussion, welche nach der Mittagspause recht lebhaft einsetzt, gestaltet sich erfreulicherweise sehr sachlich, und ist — wie dem Verfasser geleitet, den Verband als Einheitsorganisation aufrecht zu erhalten, auszubauen und vorwärts zu bringen.

In der Nachmittagsung wird eine Resolution verlesen, welche der Hauptverwaltung „wegen der Politik der Gewerkschaften während und nach dem Kriege“ das schärfste Mißtrauen ausdrückt, zurückgezogen zugunsten einer Resolution, welche eine Kritik in milderer Form enthält, im zweiten Teile aber die Einigkeit betont. In diesem verächtlicheren Sinne wird auch die weitere Aussprache bei aller sachlichen Schärfe der politischen Gegensätze fortgesetzt, wobei natürlich auch an der Haltung des Verbandesorgans „Der Gastwirtsgehilfe“ von der Opposition Kritik geübt wird.

Nachdem noch der Redakteur Gelegenheit gehabt hatte, seine Auffassung zu verteidigen, tritt um 6 1/2 Uhr auf Antrag Schluß der Debatte ein. — Es folgte der Bericht der Mandats-Vollzugskommission, der das eingangs erwähnte Bild ergibt. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt, zwei Proteste zurückgewiesen.

Verband der Gemeindearbeiter.

Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung der Filiale Berlin nahm den Bericht vom Verbandstag entgegen. Dem Referat des Delegierten Eißig folgte eine längere Diskussion. Die gegenwärtigen Ansehungen über gewerkschaftliche und politische Fragen wurden mit einer unter den heutigen Verhältnissen angenehmen auf-fassenden Sachlichkeit und Leidenschaftlichkeit erörtert. — Nach dem Vorschlag der erweiterten Ortsverwaltung wurden als Vorgesitzender in den Hauptvorstand gewählt: Braune, Eißert, Jüdis, Schöneberg, Krumm und Reumann, als Revisoren der Hauptliste Otto, Verfürth, Baum. — Hierauf erfolgte die Wahl der Angestellten der Ortsverwaltung. An Stelle des bisherigen ersten Vorgesitzenden Müllerer, der in den Hauptvorstand gewählt ist, schlug die Ortsverwaltung Polenski, die Opposition Labocjinski vor. Mit großer Mehrheit wurde Polenski zum ersten Vorgesitzenden gewählt. Ohne Gegenlandbieten wurden gewählt: Scharian als zweiter Vorgesitzender, Labocjinski als Sekretär, Wehner und Garbe als Agitationsleiter, Doktor und Wehring als Hilfsarbeiter.

Ueber die Tarifbewegung teilte Polenski mit, daß die Beratungen der Stadtverwaltungen Groß-Berlins über den Tarif beendet sind und Ende dieser Woche die Verhandlungen mit der Tarifkommission beginnen, so daß voraussichtlich in der nächsten Woche das Endergebnis der Verhandlungen mitgeteilt werden kann.

Vom Geist der Einigkeit beseelt war eine stark besuchte Versammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, in der Genosse Wermuth einen Vortrag über „Arbeiterräte“ hielt. Obwohl an der sich anschließenden Diskussion auch Kollegen agentenloser politischer Auffassungen das Wort nahmen, bewegten sich deren Ausführungen zu dem instruktiven Referat in durchaus sachlichem Rahmen. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Geschlossenheit und die Freihaltung der Organi-

fikation vom politischen Meinungsstreit. Die Versammlung zeigte durch ihren ganzen Verlauf, daß in dieser Organisation politische Unzulänglichkeiten und Kräfte keine Stütze finden.

Reichswehr gegen Streikposten.

Vom Deutschen Buchbinderverband wird um gemeldet: Die Lagerspapierbranche steht im Streik. Bei Hermann Wolff, Poststr. 7, sind ca. 50 Mädchen und 2 Arbeiter beschäftigt, die sich auch dem Streik angeschlossen haben. 15- bis 18-jährige junge Mädchen stehen Streikposten. Sie halten sich so tapfer, daß auch zwei Kriminal- und zwei uniformierte Polizisten sie von ihrem Koalitionsrecht nicht abhalten können. Da läßt der Unternehmer Militär rufen und es kommen ca. 20 Stahlhelme und Bewaffnete, die sich am Eingang in den Hof postieren.

Wenn die Streikenden lediglich in Ausübung ihres Koalitionsrechts für die gütliche Herabhaltung von Arbeitswilligen sorgen, keinerlei ostentatives Vorgehen zeigen, so können wir nicht einsehen, weshalb das Truppenkommando Militär in den bestreikten Betrieb beordert.

Bewaffnete Soldaten sollen doch nur der Aufrechterhaltung der Ordnung, nicht aber der Beschützung kapitalistischer Interessen dienen.

Dem Arbeiterauschuß des Materialprüfungsamtes erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu der in ihrer Sonntagsausgabe veröffentlichten Erwiderung eines Unterbeamten aus dem Materialprüfungsamt wird hiermit unter amtlicher Bestätigung folgendes festgesetzt:

1. Daß in der Veröffentlichung angeführte Einkommen eines ungelerten Arbeiters stellt das Höchstvermögen desselben dar und zwar ohne Abzug der geschuldeten Beträge.

2. Eine Gegenüberstellung des Einkommens der in Frage kommenden planmäßigen Unterbeamten, wie es die tarifliche Regelung der Arbeiter vorzieht, hat ergeben, daß die eigentlichen Arbeiter in keinem Fall das Einkommen des betreffenden Unterbeamten erreichen.

Ueber die Totalfaktorverwaltung des Unionklubs geben uns aus Anseherkreisen Mitteilungen zu, die so recht zeigen, daß hier der Geist der neuen Zeit noch keinerlei Einwirkung hinterlassen hat. Die Verwaltung beschäftigt an den Kassen auf den verschiedenen Rechenhöfen mehrere hundert Beamte, teils an den Billetschaltern, teils an den Beamtenschaltern, wie ihn die Regierung in allen Betrieben vorschreibt, existiert nicht. Die Beamten, zum Teil seit vielen Jahren tätig, sind auf tägliche Kündigung angezogen, können also an jedem beliebigen Rechenhof auf die Straße geschickt werden. Das Wohl und Wehe eines jeden Beamten ist von seinem Vorgesetzten in einem Maße abhängig, daß dies zu einem Kriegerdünkel erniedrigender Art geführt hat. Wie sehr die Arbeitslast der Beamten darunter leidet, ob der Herr Parraudirektor Dirksfeld nicht. Der Beamte kann durch die geringe Lohnabgrenzung mit seinem Vorgesetzten sofort um seine Stellung kommen. Die Befolgung der Beamten richtet sich nicht nach der Länge der Dienstzeit, dem Alter und der Verantwortung, sondern ist ganz idealtisch. Dem Schicksal entsprechend ist auch die Befolgung der einzelnen Beamten, nämlich ganz willkürlich und je nach Bravour. Herr Dirksfeld leitete während der Kriegszeit eine Abteilung des Kriegsministeriums, in welcher auch sein Sohn als Beamtenstellvertreter tätig war. Nun ist ein Teil der in dieser Abteilung beschäftigten Beamtenstellvertreter und Soldaten beim Tode eingestellt worden — meistens zum Nachteil der aus dem Felde heimgekehrten Beamten. Wie ist dieser Protektionswirtschaft abzuhelfen? Nur durch Bildung eines Beamtentals, welches unterläßt von allen Beamten, eine durchgehende Reform im Finvernehmen mit der Verwaltung durchführt. Es müssen gefordert werden: Keine Anstellung mit bestimmter Kündigungsfrist, Entlassungen nur im Finvernehmen mit dem Ausschuss, feste Arbeitszeit und Gewährung von Überstunden, Erhöhung der Gehälter, und zwar: Billetschalter 60 M., Verkäufer und Aufschreiber mindestens 30 M., übrigen entsprechend ihrer Tätigkeit wie diese Beamten. Bei längerer Dienstzeit Zuschläge, Zuschläge für Beamten höherer Klassen. Bei Rentnern mit früherem Beginn erhöhte Sätze. Einstellung nur wirklich qualifizierter Kräfte, Anträge in besser dotierte Stellen möglichst nach Dienstalter. Bestimmte Anträge an die bestehende Unterrichtsverwaltung beruhen unter Mitwirkung mit dem Ausschuss.

Deutscher Transportarbeiterverband, Ledens- und Genussmittelbranche, Freitag, den 30. September, abends 7 Uhr, im Röntgenhof, Holzmarktstr. 72: Große Versammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag über „Küsten und Arbeiterkassette“. 2. Bericht von der letzten Generalversammlung. 3. Branchenanfrage und Bericht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Turnerklub Berlin. Neue öffentliche Turnen der Frauen, Leders und Männer des Südbereichs in der Turnhalle Rottbuser Ufer 51 (Rottbuser Straße), Anfang 6 Uhr. Eintritt frei. Sätze willkommen.

Freier Wanderverband. Tour I. Schöneberg-Höher Solm-Rumersdorf. Abfahrt Sonntag früh 7 Uhr 43 Röllschafhof Schöneberg. Führer Samade. Tour II. Strausberg und Umgebung Strausberg. Abfahrt Sonntag früh 6 Uhr 10 Schilf, Bahnh. Mitgliederversammlung morgen 7 1/2 Uhr bei Freie, Sonntag 19. Vortrag. — Touristenverein „Die Naturfreunde“. Sonntag Treff. Fahrt nach dem Gr. Rasthof. Abfahrt a) Schilf, Bahn 6 Uhr nach Fredebecker, b) Weisenberg, Bahn 6 30 Uhr nach Tietzen. — Arb.-Genossenschaft. Jeder Sonntag, 7 1/2 Uhr, Sitzung im Restaurant Petrus, St. Frankfurter Str. 1, Ecke Gr. Frankfurter Straße. Mitglieder: Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Söppchen-Asseum, Weimertstr. 16/17. — Kranenbauern und Arbeiter! Am 30. d., abends 7 1/2 Uhr, im Herrenhaus öffentliche Versammlung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Jenseits mild, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bedeckt mit weit verbreiteten, im Westen und längs der Küste zum Teil starken Regenfällen.

Veram. für den reaktion. Zeit: Alfred Scholz, Neulöh: für Angligen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Straß 1 Verlag.

Berliner Bettenhaus

Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 53-54.

Bettfedern

zart und weich . . . 210
gut füllend . . . 675
875

Daunen

hochfein . . . 18⁰⁰ 25⁰⁰ 38⁰⁰

Fertige Betten

große Auswahl

Inlette

in besten Qualitäten von M. 23.— an.



Metallbettstellen

in gediegener Ausführung mit Messingverzierung bis zu den elegantesten

Messingbettstellen.

Auflege-Matratzen

190/80 gestr. Zelli ose-Stoff 55⁰⁰ mit Keilklissen

Roßhaar-Matratzen

in Friedens-Qualitäten.

Kinder-Bettstellen

in Metall und Holz.

Große Versandabteilung nach allen Städten Deutschlands. Aufarbeiten von Betten und Bettfedern.

Brandleute erhalten gegen Vorzeigung dieser Annonce 5 Proz. Rabatt.

Rechtsrat

Wilmersdorf, Str. 125 (Schlg.)
Sprechstunden 9-7 (Sonnt. 9-1)
Vogelstr. 1, Straß, Steuer-
Wilmersdorf-Vertrauensrat.
Sprechst. 10-12
Wilmersdorf-Vertrauensrat.

MÖBEL

Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.

MÜLLER

Berlin, Alexanderstr. 31. Tel. Kgst. 1737.

Transmissionen

Wilmersdorf, Söppchen-Asseum, Berlin, Alexanderstr. 31, Tel. Kgst. 1737.

Bei Hautleiden, offene Füße, Ekzeme, alte Schüden, Krampfadern, Flechten. Versuchen Sie die hautbildende, juckreizstill, antisept. Wundsalbe. Grinol aus dem Crinolwerk, Chem. Fabr., Weinbühl & Co., Aertl. empl. Dose Mk. 2,50. Zu haben: Barbarossa-App., Kurfürstendamm 264. Engel-App., Kanonenstr. 44. König-Salomo-Apotheke, Charlottenstr. 54. Wittes Ap., Potsdamer Str. 88. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Germania-Apoth., Lothringersstraße 50. Oranien-App., Elisabethufer 34. Mariannen-App., Mariannenplatz 6. Apotheke am schles. Tor, Skalitzer Straße 72. Gust.-Adolf-App., Kolonnenstr. 1. Alexandr.-App., Alexanderstr. 8. Borussia-App., Schön. Allee 60. Hohenstaufen-App., Kottbuser Damm 12.